

Stenographischer Bericht

über die

Verhandlungen des Bayerischen Landtags

Einhundertsebenunddreißigste öffentliche Sitzung

Nr. 137

Dienstag, den 17. Januar 1950

V. Band

	Seite		Seite
Geschäftliches	444, 445, 455, 457, 461, 462		
Nachruf auf den verstorbenen Abgeordneten Dr. Franz Ziegler	444	2. eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Zahlung von Unterhaltsbeträgen an berufsmäßige Wehrmachtangehörige und ihre Hinterbliebenen (Beilage 3237)	445
Begrüßung des neu eingetretenen Abgeordneten Joseph Brumberger	444	(Überweisung an den Ausschuß für den Staatshaushalt)	
Genehmigungswünsche für das erkrankte neue Mitglied des Hauses Hermann Luf	444	3. eines Gesetzes zum Abschluß der politischen Befreiung (Beilage 3238)	445
Glückwünsche zum 65. Geburtstag des Abgeordneten Endemann	444	(Überweisung an den Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen)	
Bekanntgabe von — ohne Erhebung von Einwendungen gefaßten — Senatsbeschlüssen		b) der Initiativgesetzentwürfe der Abgeordneten	
1. zum Gesetz zur Änderung des Berggesetzes (Anlage 425)		1. Dr. Hoegner, Hagen Georg und Genossen betreffend Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Landtagswahl, Volksbegehren und Volksentscheid (Landeswahlgesetz) (Beilage 3244)	445
2. zum Gesetz über die Aufwandsentschädigung der Abgeordneten des Bayerischen Landtags (Anlage 423)		(Überweisung an den Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen)	
3. zum Gesetz über Anlehen und Betriebsmittel des bayerischen Staates im Rechnungsjahr 1949 (Anlage 424)	444	2. Stoß und Genossen betreffend Gesetz über politische Parteien (Beilage 3263)	445
Änderung des Ausschußantrags auf Beilage 3097 Ziffer 9 gemäß Beilage 3215 Ziffer 2	444	(Überweisung an den Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen)	
Mitteilung der Fraktion der FDP betreffend Austausch des erkrankten Abgeordneten Brunner gegen den Abgeordneten Weidner im Untersuchungsausschuß zum Fall Nüßlein	445	3. Stoß und Genossen betreffend Entwurf eines Gesetzes zum Abschluß der politischen Befreiung (Beilage 3272)	445
Bekanntgabe des Schreibens der Fraktion der DVPK betreffend Entsendung des Abgeordneten Hölle in den Flüchtlingsausschuß an Stelle des Abgeordneten Moske	445	(Überweisung an den Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen)	
Feststellung über das Aufhören des Bestehens der Freien Parlamentarischen Vereinigung infolge Ablebens des Abgeordneten Dr. Ziegler und über die dadurch bedingte Verschiebung der Ausschlußbesetzung	445	4. Dr. Hille und Genossen betreffend Änderung des Gesetzes gegen mißbräuchliche Massenentlassungen und Betriebsstillegungen (Beilage 3273)	445
Geschäftliche Behandlung		(Überweisung an den Ausschuß für Sozialpolitische Angelegenheiten)	
a) der Entwürfe		c) des Dringlichkeitsantrags der Fraktion der SPD betreffend sofortige Einstellung von Aushilfskräften bei den Vermessungsämtern (Beilage 3296)	445
1. des Gesetzes über den Beitrag für die Krankenversicherung der Rentner (Beilage 3227)	445	(Überweisung an den Ausschuß für den Staatshaushalt)	
(Überweisung an den Ausschuß für Sozialpolitische Angelegenheiten)			

	Seite
Besprechung neonazistischer Erscheinungen im politischen Leben.	
Dr. Hoegner (SPD)	445
Dr. von Brittwig und Gaffron (CSU)	451
Bezold Otto (FDP)	452
Haußleiter (fraktionslos)	454, 455
Höllner (DFP)	456, 457
Staatsminister Dr. Anfermüller	457
Ministerpräsident Dr. Ehard	460
Feststellung des Präsidenten zum Fall Meißner	461
Persönliche Erklärung des Abgeordneten Höllner zur Bildung der neuen Fraktion „Freie Fraktionsgemeinschaft“ (FFG)	462
(Die Sitzung wird vertagt.)	

Die Sitzung wird um 15 Uhr 8 Minuten durch den Präsidenten Dr. Horlacher eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Nach Art. 4 Abs. 2 des Aufwandsentschädigungsgesetzes sind entschuldigt beziehungsweise beurlaubt die Abgeordneten Brunner, Endemann, Frißl, Gröber, Körner, Kunath, Luz, Dr. Pfeiffer, Dr. Rindt und Sauer.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, habe ich neuerdings, und zwar zum achten Male innerhalb dreier Jahre eine überaus traurige Pflicht zu erfüllen. (Die Abgeordneten erheben sich.)

Es war für den Präsidenten dieses Hauses außerordentlich schmerzlich, daß er zwei Tage vor Neujahr, am 30. Dezember 1949, einen Abgeordneten dieses Hauses, den Abgeordneten Dr. Franz Ziegler zur letzten Ruhestätte begleiten mußte. Trotz der Weihnachtsferien haben mehrere Mitglieder dieses hohen Hauses mit mir an der Beerdigung teilgenommen.

Herr Dr. Ziegler wurde am 23. Juni 1899 in Lingau im Sudetenland geboren und wirkte nach der vorgeschriebenen Ausbildungszeit eine Reihe von Jahren in Mies als Rechtsanwalt. Nach dem Zusammenbruch war er zunächst Bürgermeister und Landrat in seiner Heimat, dann traf auch ihn das harte Schicksal: Heimatlos und mittellos wurde auch er in die Fremde getrieben. Aber mutig nahm er den Kampf auf, fand in Bayern eine neue Heimat und gründete sich eine neue Existenz, zuerst als Oberamtsrichter und Gerichtsvorstand in Cham, dann als verantwortlicher Mitarbeiter im Staatssekretariat für das Flüchtlingswesen und zuletzt als Rechtsanwalt in München. Der bayerischen Volksvertretung hat er 15 Monate angehört und fast ein halbes Jahr war er außerdem auch noch Mitglied des Bundestags. In seiner parlamentarischen Tätigkeit galt sein ganzes Streben dem Schicksal der Neubürger, das er ja aus eigener Erfahrung kannte und für das er sich in den Ausschüssen und im Plenum mit aller Kraft einsetzte.

Wir werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren und sein Erbe, die Sorge für die Heimatvertriebenen, wie ein heiliges Vermächtnis pflegen.

Meine Damen und Herren, Sie haben sich zum Zeichen der Trauer von den Plätzen erhoben; ich danke Ihnen.

Neu in das Haus eingetreten sind die Herren Josef Brumberger und Hermann Luz. Der Abgeordnete Brumberger ist anwesend; ich heiße ihn herzlich willkommen und bitte ihn, sich recht regen an unseren Arbeiten zu beteiligen. Der Abgeordnete Luz mußte sich, wie ich zu meinem Bedauern höre, einer Operation unterziehen, befindet sich aber glücklicherweise auf dem Wege der Besserung. Hoffentlich können wir auch ihn recht bald vollkommen genesen in unserer Mitte begrüßen.

Unser Kollege, Abgeordneter Christian Endemann, hat in den ersten Tagen des neuen Jahres das 65. Lebensjahr vollendet. Wir beglückwünschen ihn dazu nachträglich aufs herzlichste. Herr Endemann hat schon dem alten Bayerischen Landtag 8 Jahre lang angehört und hat sich durch seine Kenntnisse und Erfahrungen bald allgemeine Achtung erworben. Wegen seiner mannhaften Überzeugungstreue wurde er während des Dritten Reiches mehrmals, zum Teil lange Zeit, in Dachau und Flossenbürg eingesperrt. Die dabei erlittenen Unbilden haben leider seiner Gesundheit erheblich geschadet. Trotzdem beteiligt er sich im jetzigen Landtag wieder eifrig an unseren Arbeiten als Mitglied mehrerer Ausschüsse. Möge es dem Kollegen Endemann sein Gesundheitszustand ermöglichen, noch recht lange in unserer Mitte zu wirken; das wünschen wir von ganzem Herzen.

(Beifall.)

Der Präsident des Bayerischen Senats teilt mit, daß der Senat gegen folgende vom Landtag beschlossene Gesetze keine Einwendungen erhebt:

1. Gesetz zur Änderung des Berggesetzes,
2. Gesetz über die Aufwandsentschädigung der Abgeordneten des Bayerischen Landtags,
3. Gesetz über Anlehen und Betriebsmittel des bayerischen Staates im Rechnungsjahr 1949.

Bei der Abstimmung über den Haushalt des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wurde auch ein Antrag angenommen, der die Staatsregierung ersucht, im Ergänzungshaushalt 1949 für Betriebsausgaben der Forstverwaltung zusätzlich 4 Millionen DM zur Verfügung zu stellen und darüber hinaus für sie im Vorgriff auf das Rechnungsjahr 1950 weitere Betriebsmittel bis zu 4 Millionen DM bereitzustellen.

Aus den umfangreichen Ausschußverhandlungen über diese Frage geht eindeutig hervor, daß es der Wille des Ausschusses war, die Staatsregierung nicht zu ersuchen, sondern zu ermächtigen. Ich habe daher im Einvernehmen mit den beiden Berichterstattern im Beschluß an Stelle des Ausdrucks „ersucht“ den Ausdruck „ermächtigt“ gesetzt. Ich nehme an, daß das hohe Haus dieser redaktionell notwendigen Änderung zustimmt. — Das Haus ist damit einverstanden; ich stelle die einmütige Zustimmung fest.

Zu der heutigen Tagesordnung möchte ich bemerken, daß die Vollversammlung vom 16. Dezember 1949 beschlossen hat, die Besprechung neonazistischer Erscheinungen im politischen Leben als ersten Punkt auf die heutige Tagesordnung zu nehmen. Da nicht vorausgesehen ist, wie lange die Aussprache hierüber dauern wird, habe ich heute keine Fragestunde angelegt. Wenn das Haus damit einverstanden ist, wird die Fragestunde den ersten Gegenstand der morgigen Tagesordnung

(Präsident)

bilden. — Das Haus ist damit einverstanden; es ist so beschlossen.

Die Landtagsfraktion der Freien Demokratischen Partei teilt mit, daß sie an Stelle des erkrankten Abgeordneten Michael Brunner den Abgeordneten Kurt Weidner als Vertreter der Fraktion für den Untersuchungsausschuß zum Fall Müßlein in Vorschlag bringt. — Das Haus nimmt davon Kenntnis.

Die Fraktion der Deutschen Partei für Freiheit und Recht schreibt unterm 9. Januar 1950:

Nachdem Herr Landtagsabgeordneter Alfred Moske sich bis heute nicht entschließen konnte, unserer Fraktion beizutreten, besteht für unsere Fraktion auch keine Veranlassung, Herrn Alfred Moske weiterhin den uns zustehenden Sitz im Flüchtlingsausschuß einzuräumen.

Wir bitten daher, den Kollegen Moske als Mitglied des Flüchtlingsausschusses zu streichen und Herrn Abgeordneten Julius Höllner dafür einzutragen.

Auch hiervon nimmt das Haus Kenntnis. — Es ist also künftig an Stelle des Abgeordneten Moske Abgeordneter Julius Höllner zu den Sitzungen des Flüchtlingsausschusses zu laden.

Durch das Ableben des Herrn Abgeordneten Dr. Ziegler hat die Fraktion der Freien Parlamentarischen Vereinigung wieder zu bestehen aufgehört, da sie nicht mehr die erforderliche Mindeststärke von fünf Mitgliedern hat.

Dadurch ergibt sich neuerdings eine Verschiebung in der Ausschubesezung. In den 28er-Ausschüssen hat damit die Fraktion der SPD wieder 9 Sitze, in den 21er-Ausschüssen die Fraktion der FDP künftig zwei Sitze. Die Vertretung der übrigen Fraktionen bleibt unverändert.

Ich schlage dem Hause vor, das Landtagsamt zu ermächtigen, die Einladungen zu den Ausschüssen mit sofortiger Wirkung nach dem neuen Schlüssel vorzunehmen. — Widerspruch erfolgt nicht, ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Seitens der Staatsregierung sind dem Hause folgende Vorlagen zugegangen:

1. Entwurf eines Gesetzes über den Beitrag für die Krankenversicherung der Rentner.

Ich habe diese Vorlage dem Sozialpolitischen Ausschuß zugeleitet. Sie ist dort bereits behandelt und steht auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung.

2. Entwurf eines zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Zahlung von Unterhaltsbeiträgen an berufsmäßige Wehrmachtangehörige und ihre Hinterbliebenen.

Ich habe dieses Gesetz dem Haushaltsausschuß überwiesen.

3. Entwurf eines Gesetzes zum Abschluß der politischen Befreiung.

Dieses Gesetz habe ich dem Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen zugewiesen.

Das Haus ist mit meinen Maßnahmen einverstanden; ich stelle das fest.

Ferner sind dem Haus folgende Initiativgesetzentwürfe zugegangen:

1. Dr. Hoegner und Genossen betreffend Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Landtagswahl, Volksbegehren und Volksentscheid (Landeswahlgesetz).

Das Gesetz wird den Verfassungsausschuß beschäftigen.

2. Stöck und Genossen betreffend Gesetz über politische Parteien.

Auch dieses Gesetz wird den Verfassungsausschuß beschäftigen.

3. Stöck und Genossen betreffend Entwurf eines Gesetzes zum Abschluß der politischen Befreiung.

Auch hierfür ist der Verfassungsausschuß zuständig.

4. Dr. Hille und Genossen betreffend Änderung des Gesetzes gegen mißbräuchliche Massenentlassungen und Betriebsstillegungen.

Hier schlage ich die Überweisung an den Sozialpolitischen Ausschuß vor.

Der aus den Ausschußverhandlungen über die Anträge betreffend Errichtung einer 4. Landesuniversität entstandene Initiativgesetzentwurf des Abgeordneten Prechtl und Genossen wurde vom Haushaltsausschuß und vom Verfassungsausschuß bereits behandelt und steht auch schon auf der heutigen Tagesordnung.

Die Fraktion der SPD hat folgenden Dringlichkeitsantrag eingereicht:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, sofort Hilfskräfte bei den Vermessungsämtern einzustellen, damit diese ihre Rückstände aufarbeiten können.

Wenn die Antragsteller einverstanden sind, verweise ich den Antrag an den Haushaltsausschuß. — Widerspruch erhebt sich nicht; es ist so beschlossen.

Wir kommen dann zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Besprechung neonazistischer Erscheinungen im politischen Leben.

Im Ältestenrat wurde vereinbart, daß die einzelnen Fraktionen hierzu je einen Redner abstellen. Ich erteile zunächst dem Herrn Abgeordneten Dr. Hoegner das Wort.

Dr. Hoegner (SPD): Meine Damen und Herren! Während sich eine gutmütige, allzu sorglose Demokratie anschiebt, den früheren Nationalsozialisten die letzten Schranken vor ihrer völligen staatsbürgerlichen Gleichberechtigung wegzuräumen, schleifen unverbesserliche Volksbezügler und Volksverbrecher bereits wieder ihre langen Messer, um bei nächster Gelegenheit der jungen deutschen Demokratie den Garaus zu machen. Drei Vorkommnisse aus der jüngsten Zeit sind es, die zum Aufsehen mahnen:

In Augsburg wurde nach einem Bericht der „Schwäbischen Landeszeitung“ Nr. 146 vom 12. Dezember 1949 in einer von etwa 200 Personen besuchten Versammlung des Deutschen Beamtenbundes, Kreisverband Augsburg, die am Mittwoch, den 7. Dezember 1949 im Café Luitpold stattfand, das Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus erörtert. Dabei kam es zu Zwischenrufen wie: „hängt sie auf!“, „Ich mache den Scharfrichter“, „Das Gesetz ist der größte Schwindel!“ usw. Der Schutzbund fordert die

(Dr. Hoegner [SPD])

volle Wiederherstellung aller erworbenen Beamtenrechte nebst angemessener Entschädigung für den seit 1945 erlittenen Verdienstausfall.

(Lachen links. — Dr. Hille: Die, die sie 1933 hinausgeschmissen haben, sind zum großen Teil noch draußen!)

Kennzeichnend für die sittliche Höhe dieser Beamtenversammlung ist der Umstand, daß ich nach diesem Bericht mit dem schmückenden Beiwort „Schweinehund“ bedacht wurde.

(Zurufe links.)

Wer die Schweinehunde sind, jene, die aus Liebedienerei und Feigheit die Stiefel der braunen Machthaber des Dritten Reiches geleckt haben,

(sehr gut! links)

oder jene, die den Nationalsozialismus seit seinem Entstehen, seit 1920 bekämpft und sich seit 1945 bemüht haben, das bayerische Volk aus dem größten Unglück und Elend seiner Geschichte herauszuführen, darüber, glaube ich, hat die Geschichte bereits ihr Urteil gesprochen.

(Lebhaftes Sehr richtig!)

Der erste Vorsitzende des Kreisverbandes Augsburg des BeamtenSchutzbundes hat mir übrigens mit Brief vom 11. Januar 1950 mitgeteilt, daß weder von ihm noch von den übrigen Herren der Vorstandschafft ein derartiger Zuruf festgestellt werden konnte

(Hört! links)

und auch nicht geduldet worden wäre.

(Hört! links. — Bezold Otto: Außerordentlich tröstlich!)

Ich nehme diese Erklärung mit Genugtuung zur Kenntnis.

Das zweite Vorkommnis war die Rede eines Mitglieds dieses hohen Hauses in einer öffentlichen Versammlung in Memmingen am 8. Dezember 1949. Dieses Mitglied drohte, das jetzige parlamentarische System müsse zertrümmert werden; die heutige Demokratie — der der Betreffende übrigens seinen Landtagsitz verdankt — habe keine Daseinsberechtigung mehr. Selbstverständlich wurden in dieser Versammlung auch die ehemaligen Insassen der Konzentrationslager beschimpft. Der Propagandachef des Deutschen Blocks verhielt sich zu der Behauptung, das Palästina-Angebot des Bundeskanzlers Dr. Adenauer sei eine große Schmach.

Das dritte und ernsteste Ereignis ist aber die Zusammenkunft ehemaliger Mitglieder der SS, der Gestapo und des SD in einer kleinen Gaststätte in München, die von dem Gründer der Vaterländischen Union, Karl Feitenhansl, durch persönliches Schreiben eingeladen worden waren. Wie in den glorreichen Zeiten des Kampfes gegen den Marxismus wurde die deutsche Sozialdemokratie wieder als „rote Pest“, als „internationale Schlange“ bezeichnet, die man vernichten müsse. Die Regierung, so wurde erklärt, bestehe aus Verbrechern, Schweinen und Schweinigen.

(Hört, hört!)

Ein anderer Redner forderte ein neues Opfer der Nation, also einen neuen Krieg, damit Deutschland wieder erstehe, wie es einstens war.

(Unerhört!)

Daß mir persönlich mit dem Galgen gedroht wurde und an dieser Zusammenkunft auch ein Gestapo-Beamter teilnahm, ein Mittläufer, für den in der Öffentlichkeit gegen mich ein gehässiger Feldzug geführt wurde, rundet das Bild. Es ist nachgewiesen, daß diese Gruppe Feitenhansl mit dem berüchtigten General Kemmer in Verbindung steht. Sie führt Mitgliedernummern wie die frühere nationalsozialistische Partei, nur mit dem Unterschied, daß die Namen einiger Prominenter auf der Mitgliederliste vorläufig weggelassen sind und an Stelle des Namens bei der betreffenden Nummer nur die Pünktchen stehen. Die Namen dieser Hintermänner, die nicht zu spät kommen wollen, müßten wir erfahren. Die kleinen Hanseln, die man vorgeschoben hat, sind doch nur Gliederpuppen; die unbekanntenen Drahtzieher, die Geldgeber, stehen im Hintergrund.

(Sehr richtig!)

Diese drei Vorkommnisse werden durch andere Erscheinungen wirkungsvoll ergänzt. Nach einem amerikanischen Bericht, der in verschiedenen Zeitungen wiedergegeben war, erklärte das Mitglied des Deutschen Blocks, August Hacker, daß man diejenigen, die in der Hitlerzeit als Gegner des Nazistystems tätig waren, heute als Verräter ansehen und demgemäß behandeln müsse.

(Erregte Zurufe.)

Da haben wir also bereits wieder die versteckte Drohung mit dem Fememord. Der Antisemitismus hat wieder so zugenommen, daß kürzlich in Fürth ein Mann, der dagegen Stellung nahm, nach Zeitungsberichten auf offener Straße von 150 bis 200 Beuten verfolgt wurde. Die früheren Nationalsozialisten, soweit sie unverbessert sind, stehen untereinander in enger Verbindung; sie kommen heimlich zusammen. Sie versuchen, in den Behörden bereits wieder Zellen zu bilden, die schwer greifbar sind, deren unterirdischer Einfluß sich aber nicht nur bei der Wiederberufung in Beamtenstellen bemerkbar macht. In einer gewissen Presse wird fast nur noch von dem angeblichen Unrecht geschrieben, das den „armen Nazis“ in den Jahren von 1945 bis heute zugefügt worden sei. Von den Opfern, die durch den Nationalsozialismus gefallen sind, und von den Niederträchtigkeiten in den Konzentrationslagern ist dort kaum mehr die Rede. Bei Gerichten und Verwaltungsgerichten werden Urteile gefällt, die in völliger Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse in den genannten Jahren den früheren Nationalsozialisten nur Wasser auf ihre Mühlen liefern.

(Sehr richtig!)

Der Kampf gegen die junge deutsche Demokratie ist auf der ganzen Linie entbrannt. Die entscheidende Frage ist heute nur, ob die Demokratie diesen Kampf durch Blindheit, Schwäche und Uneinigkeit wieder ebenso verlieren will, wie ihn die Weimarer Republik nach 1929 verloren hat.

(Sehr gut!)

Wie konnte es überhaupt kommen, daß jetzt, vier Jahre nach dem Zusammenbruch des Nazistystems, der Nationalsozialismus schon wieder frisch sein Haupt erhebt? Gewöhnlich wird das Entnazifizierungsgesetz vom 5. März 1946 für die Renazifizierung verantwortlich gemacht. In diesem Vorwurf mag ein Körnchen Wahrheit stecken. Man hat im Entnazifizierungs-

(Dr. Hoegner [SPD])

gesetz den Kreis der Betroffenen zweifellos viel zu weit gezogen.

(Scheßbeck und mehrere Abgeordnete: Sehr richtig!)

Ich habe vor meiner Rückkehr nach Deutschland in der „Schweizer Illustrierten Zeitung“, Nr. 23, Jahrgang 1945, geschrieben:

„Als Staatsverbrecher sind besonders jene Naziführer und ihre deutschnationalen Gehilfen anzusehen, die im Jahre 1933 durch Täuschung des damaligen Reichspräsidenten, durch Wahlfälschungen, durch Inbrandsetzung des Reichstagsgebäudes, durch Hinderung der Abgeordneten an der Ausübung ihres Mandats, durch Drohung mit offener Gewalt den Nationalsozialismus widerrechtlich in den Besitz der Staatsmacht setzten. Sodann darf keiner, der irgendwie an den Gewalttaten in den Kerkern und Konzentrationslagern des Dritten Reiches beteiligt ist, der strengsten Strafe entgehen. Straffällig werden auch jene Träger der Staatsgewalt sein, die sich zu Werkzeugen nationalsozialistischer Schandgesetze erniedrigt haben, die Gegner des Nationalsozialismus mit besonderer Grausamkeit verfolgt oder aus Liebedienerei das Recht gebeugt haben.

(Sehr gut!)

Dabei soll jede Rachejustiz vermieden und niemand nur wegen seiner politischen Überzeugung kriminell bestraft werden.“

In meiner ersten politischen Rede nach meiner Rückkehr habe ich im Münchener Prinzregententheater am 25. November 1945 erklärt:

„Wir sind auch nicht so wahnwitzig, jene Deutschen, die mehr oder minder unfreiwillig der Nazi-partei beigetreten sind und nur des lieben Friedens willen Beiträge bezahlt haben, mit den wirklich Schuldigen zu einem Block der Ausgestoßenen zusammenzuschweißen und sie dauernd zu Staatsfeinden zu machen. Wer nur dem Namen nach Nazi gewesen ist, wer nur seiner Familie oder seiner Stellung wegen diesem verhassten System Tribut geleistet hat, soll nicht sein Brot verlieren, sondern mit abgestuften Sühneleistungen davonkommen. Über diese Kernfrage der Entnazifizierung besteht innerhalb der Parteien, aus denen sich die gegenwärtige bayerische Staatsregierung zusammensetzt, völlige Klarheit und Einmütigkeit. Je eher unter das traurige Nazikapitel der Schlußstrich gezogen werden kann, um so besser ist das für unser gesamtes Volk. Einmal muß auch in unserem zerrissenen, aus unzähligen Wunden blutenden Lande wieder Frieden werden.“

Es scheint aber, daß die früheren Nationalsozialisten mit einem solchen Frieden nicht einverstanden sind.

Wiederholt ist dann in den Jahren 1945 und 1946 von mir angeregt worden, die bloßen Mitläufer nur die Beiträge, die sie an die Nazi-partei entrichtet hatten, für die Dauer ihrer Zugehörigkeit zu dieser Partei als Sühne an den Staat weiterzahlen zu lassen, von weiteren Maßnahmen gegen sie aber abzusehen. Leider wurden diese wohlüberlegten Ratschläge nicht befolgt. Durch Amnestien wurde dann zum Teil nachgeholt, was bereits im Gesetz hätte geregelt werden sollen.

Beim Inkrafttreten des Gesetzes vom 5. März 1946 war die Lage so, daß eine große Anzahl von Beamten nach einem von der Besatzungsmacht mitgebrachten Schema aus ihren Ämtern entfernt worden war. Das Befreiungsgesetz hatte nun wenigstens die Wirkung, daß der weitaus größte Teil der entfernten Beamten in die früheren Stellungen wieder einrücken konnte. Dieser Vorteil des Gesetzes für die früheren Nationalsozialisten scheint heute bereits wieder vergessen zu sein.

(Sehr richtig!)

Allerdings zog sich infolge der anfänglich zahlreichen Einsprüche der Besatzungsmacht das Verfahren oft jahrelang hin. Und ein ganz besonderer Nachteil des Gesetzes war der Anhang, der gegen den Widerspruch der deutschen Sachbearbeiter zum Bestandteil des Gesetzes erklärt worden war.

Seit etwa 1½ Jahren hat nun die Besatzungsmacht auf die Überwachung der Durchführung des Gesetzes vom 5. März 1946 so ziemlich verzichtet. Die Folge davon ist, daß verhältnismäßig schwer Belastete heute besser wegkommen als die Leichtbelasteten in den Jahren 1946 bis 1948.

(Sehr richtig!)

Der weitere Vorwurf, der dem Gesetze vom 5. März 1946 gemacht wird, daß gerade die Beamenschaft die volle Schärfe dieses Gesetzes erfahren habe, während die übrigen Berufe glimpflicher davongekommen seien, entbehrt nicht der Berechtigung. Staatsregierung und Landtag werden auf Mittel und Wege sinnen müssen, um bestehende Härten nach Möglichkeit zu mildern. Dabei wird aber jeder Einzelfall sorgfältig zu prüfen sein. Eine gruppenweise Wiederverwendung darf nicht in Frage kommen. Wir billigen es auch, daß bei Beamten nicht nur der Entscheid der Spruchkammer für die Wiederverwendung maßgebend ist, sondern daß die oft sehr ausschlußreichen Personalakten herangezogen werden. Im übrigen aber sollen frühere Beamte, die nicht wesentlich belastet sind, aus der ehemaligen Zugehörigkeit zur Nazi-partei keinen dauernden Nachteil erleiden.

Eine weitere Ursache, die bei uns zur Wiederbelebung des Nationalsozialismus beigetragen hat, liegt leider in dem Verhalten gewisser demokratischer Parteien. Sie haben bei den Wahlen oft allzu sehr um die Stimmen der früheren Nationalsozialisten gebuhlt.

(Sehr gut!)

Sie haben das feierliche unterschriftliche Versprechen, das sie am 21. Juni 1946 der Militärregierung gegeben haben, zum Teil nicht gehalten. Jene Erklärung hatte folgenden Wortlaut — ich darf ihn mit Genehmigung des Herrn Präsidenten verlesen —:

„An das bayerische Volk.

Wir unterzeichnete Vorsitzende der fünf politischen Landesparteien und die bayerische Staatsregierung erlassen hiermit folgenden Aufruf:

Die Befreiung unseres Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus ist eine wesentliche Voraussetzung für den Wiederaufbau eines demokratischen Bayerns. Das Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus dient als Mittel für die Ausschaltung des Nazismus aus unserem öffentlichen und politischen Leben. Die-

(Dr. Hoegner [SPD])

jenigen, die nicht aktiv an der Naziherrschaft beteiligt waren, haben von diesem Gesetz nichts zu befürchten. Jeder einzelne weiß, ob er zu dieser Gruppe gehört oder nicht.

Die bayerische Staatsregierung und die unterzeichneten Vertreter der politischen Parteien in Bayern erklären hiermit, daß sie entschlossen und bedingungslos hinter diesem Gesetz stehen und alles tun werden, um seine rasche und reibungslose Durchführung zu sichern. Sie glauben, daß dies im wohlverstandenen Interesse ganz Bayerns liegt. Sie rufen daher alle Volkskreise auf, an der Durchführung dieses Gesetzes mitzuarbeiten, insbesondere durch Benennung geeigneter Vorsitzender, Ankläger und Beisitzer für die Spruchkammern. Damit das Gesetz unparteiisch und gerecht angewendet werden kann, fordern sie alle Staatsbürger auf, diesen Spruchkammern jede mögliche Unterstützung zu gewähren.

Die bayerische Staatsregierung und die unterzeichneten Parteivorsitzenden verbürgen sich dafür, daß niemand, der an der Durchführung dieses Gesetzes beteiligt ist oder ihm seine Unterstützung gewährt, etwas zu fürchten hat. Die nationalsozialistische Gewaltherrschaft hat durch ihre Freveltaten Deutschland und die Welt in den fürchterlichsten aller Kriege gestürzt. Die Ausrottung der nazistischen Irrlehren und des nazistischen Einflusses ist nunmehr eine der wichtigsten Aufgaben und Ziele des Besatzungsheeres. Wenn das bayerische Volk diese seine sittliche Pflicht nicht erfüllt und seine eigene politische Reinigung nicht fertigbringt, läuft es Gefahr, das Recht auf Selbstverwaltung zu verlieren. Wir rufen daher alle Staatsbürger ohne Unterschied der Partei und des Bekenntnisses auf, sich hinter dieses Gesetz zu stellen, damit Bayern mit Hoffnung und Vertrauen in die Zukunft blicken kann.

München, den 21. Juni 1946.

Die Bayerische Staatsregierung:

Der Bayerische Ministerpräsident: Dr. Wilhelm Hoegner

Staatsminister für Arbeit: Albert Kofshaupter

Staatsminister des Innern: Josef Seifried

Staatsminister für Unterricht und Kultus: Dr. Franz Fendt

Staatsminister der Finanzen: Dr. Fritz Terhalle

Staatsminister für Wirtschaft: Dr. Ludwig Erhard

Staatsminister für Ernährung und Landwirtschaft:
Dr. Josef Baumgartner

(Zurufe: Hört, hört!)

Staatsminister für Verkehrsangelegenheiten: Michael Helmerich

Staatsminister für Sonderaufgaben: Heinrich Schmitt

Staatssekretär Dr. Anton Pfeiffer, Bayerische Staatskanzlei

(Zuruf von der SPD: Hört!)

Staatssekretär Ludwig Ficker, Innenministerium

Staatssekretär Dr. Hans Chard, Justizministerium

Staatssekretär Dr. Meinzolt, Kultusministerium
Staatssekretär Heinrich Krehle, Arbeitsministerium
Staatssekretär Josef Waldhäuser, Verkehrsministerium

Christlich-Soziale Union: Dr. Josef Müller

Sozialdemokratische Partei: Dr. Wilhelm Hoegner

Kommunistische Partei: Georg Fischer

Wirtschaftliche Aufbauvereinigung: Dr. Alfred Lorik

(Zurufe: Hört, hört! „Doktor“ auch noch!)

Freie Demokratische Partei: Dr. Thomas Dehler.

Ich glaube, es ist an der Zeit, diese Urkunde, dieses feierliche Versprechen von Anno dazumal, nämlich vom 21. Juni 1946, wieder einmal der Vergessenheit zu entreißen.

(Zuruf: Sehr richtig!)

Aber der Part e i g e i s t hat sich in Bayern als f ä r k e r erwiesen wie die Erinnerung an die vergangene und die Vorsicht gegenüber einer künftig möglichen Gefahr. Der Wettlauf um die Gunst der früheren Nationalsozialisten hat deren Selbstgefühl gewaltig gehoben. Die führenden Nationalsozialisten von ehemals haben heute vergessen, daß sie durch die Besetzung Deutschlands der vielfach verdienten A b r e c h n u n g durch das deutsche Volk e n t r o n n e n sind.

(Sehr richtig! und Beifall bei der SPD.)

Sie haben inzwischen auch die Maske eines geheuchelten Schuldgefühls fallen lassen und zeigen sich heute wieder so, wie sie immer gewesen sind: frech, schamlos, gewalttätig und unbelehrbar.

(Zuruf von der SPD: Und „unschuldig“!)

Sie haben in den Spruchkammerverfahren systematisch die Belastungszeugen eingeschüchtert, ihnen zahllose Strafverfahren wegen angeblicher Verleumdung oder falscher Anschuldigung an den Hals gehängt.

(Rübler: Sehr richtig!)

Jede Partei, die mit den früheren Nationalsozialisten Geschäfte macht, wird früher oder später erfahren, daß sie wieder genau so betrogen wird, wie jene Leute um Dr. Schacht und Hugenberg betrogen wurden, die auch einen Hitler nur als Werkzeug für ihre eigenen Zwecke benutzen wollten. Aber die Welt will offenbar nicht nur einmal, sondern mehrmals getäuscht werden.

(Zuruf von der CSU: Sehr gut!)

Wir Sozialdemokraten wollen diesmal nicht zu den Betrogenen gehören.

(Sehr gut! bei der SPD.)

Ich würde eine schwere Unterlassungsfünde begehen, wollte ich nicht neben den Parteien einen weiteren Mitschuldigen an der Renazifizierung nennen, nämlich einen Teil der demokratischen Presse.

(Rübler: Sehr richtig!)

Sie hat nach der Knebelung durch den Nationalsozialismus von der wiedererlangten Freiheit nicht selten einen sehr ungeschickten Gebrauch gemacht.

(Stoß: Sehr gut!)

Vielfach ernuntert durch die Besatzungsmacht, die den Deutschen den Autoritätsfimmel austreiben wollte, hat

(Dr. Hoegner [SPD])

sich diese demokratische Presse seit 1945 zum Teil bemüht, in jeder Regierungssuppe ein Haar zu finden.

(Zuruf von der CSU: Sehr gut!)

Unvermeidliche Mängel und Unzulänglichkeiten wurden zu Haupt- und Staatsaktionen aufgebaut,

(Zuruf von der CSU: Sehr gut!)

die mühsame Arbeit der langsam wieder in Gang kommenden Parlamente wurde allzu oft mit ägender Laune übergossen,

(Zuruf von der CSU: Sehr gut!)

Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens wurden geröntgt und wehe, wenn im Bild auch nur der kleinste dunkle Flecken sichtbar war! Diese blinden Eiferer haben der Demokratie mehr geschadet als genutzt.

(Zuruf: Sehr richtig!)

Welche Genugtuung für die früheren Nationalsozialisten, daß auch die neue Demokratie mit menschlichen Schwächen behaftet war und behaftet ist! Sie benutzten diesen Umstand nicht nur, um die stinkende Korruption des Dritten Reiches vergessen zu machen, sondern auch, um die neue Demokratie als fernfaul zu verlästern. Ich habe als Ministerpräsident die demokratische Presse einmal gemahnt, daß man dieses zarte deutsche Pflänzchen „Demokratie“ sorgsam hegen und pflegen muß. Ich habe gesagt, daß dieses Pflänzchen mit den mächtigen Bäumen der Demokratie in anderen Ländern nicht zu vergleichen sei und deshalb nicht die Stürme aushalten könne, die die Demokratie in anderen Ländern durchgehalten hat. Meine Meinung ist damals nicht beachtet worden, ja, sie ist mir übel genommen worden. Inzwischen hat sich ja bei einem Teil der Presse die Sache zum Besseren gewendet. Trotzdem darf man die Behauptung wagen, daß zur Untergrabung der neuen deutschen Demokratie neben gewissen Demagogen nichts so sehr beigetragen hat wie eine vermeintlich demokratische Presse.

(Allgemeine Zustimmung.)

Das Verhängnis dabei ist, daß dies vielfach in bester Absicht, aber in völliger Verkennung der Geisteshaltung des deutschen Volkes und namentlich der früheren Nationalsozialisten geschehen ist.

Sollen wir nun vor einer scheinbar zwangsläufigen Rückentwicklung die Segel streichen? Wir Sozialdemokraten denken nicht daran.

(Zustimmung links.)

Die neue Demokratie ist nicht wehrlos, und wir wünschen nur, daß das ihre Gegner recht bald zu spüren bekommen.

(Beifall links.)

Der Verfassungsgeber hat die Lehren der Geschichte beherzigt und eine Demokratie nur für Demokraten geschaffen. Die demokratische Nachsicht darf nicht so weit gehen, daß sie, wie Professor Rawlsky bei den Beratungen im Verfassungsausschuß der Verfassungsgebenden Landesversammlung gesagt hat, zum Selbstmord der Demokratie führt.

(Sehr gut! links.)

Man muß unterscheiden zwischen unverbesserlichen Nationalsozialisten und jenen irregulären Deutschen, die den Nationalsozialis-

mus für etwas Gutes gehalten haben, bis sie durch den Gang der Ereignisse eines Besseren belehrt wurden. Wenn die letzteren heute dem neuen demokratischen Staat aufrichtig dienen wollen, sollen sie auch nach unserer Ansicht nicht weiter behelligt, sondern so bald wie möglich wieder in ihre demokratischen Rechte eingesetzt werden. Allerdings legen wir ein entscheidendes Gewicht darauf, daß Schlüsselstellungen in der Verwaltung und in der Justiz bewährten Demokraten vorbehalten bleiben — solange Vorrat reicht.

(Heiterkeit.)

Nur den unbelehrbaren, den unverbesserlichen, den böswilligen Nationalsozialisten gilt unser unerbittlicher Kampf. Wir verlangen, daß gegenüber diesen Leuten die Staatsregierung von ihren Machtmitteln rücksichtslos Gebrauch macht. Das ist offenbar bis jetzt nicht genügend geschehen.

(Sehr gut! links.)

Die Voraussetzungen des Art. 13 a des Befreiungsgesetzes liegen bei der Erscheinung des Neonazismus vor. Es handelt sich bei diesen Leuten um ein Wirken für den Nationalsozialismus und Militarismus; es handelt sich um die Erschwerung des Aufbaues eines friedlichen demokratischen Staates, es handelt sich um das Verlangen nach einem „neuen Opfer der deutschen Nation“, um eine Gefährdung des Friedens der Welt. Warum sind denn die Teilnehmer an der Feitenhansl-Bersammlung gemäß Art. 40 Abs. 2 des Befreiungsgesetzes nicht längst festgenommen worden?

(Sehr gut! links.)

Schwächliches Verhandeln macht auf solche Leute gar keinen Eindruck. Hier heißt es handeln und zupacken.

(Zustimmung.)

Wie kommen andere Parteiführer, deren wir jetzt soviel in Bayern haben, wie kommen überhaupt die Leute, die bis vor kurzer Zeit noch in Thüringen beschäftigt gewesen sein und deren Familien sich noch dort befinden sollen, nach München? Wer hat ihnen denn die Zugserlaubnis gegeben?

(Zustimmung.)

Wie konnten hier solche Parteien aufgemacht werden? Wie können diese Leute hier wohnen, wo Zehntausende ausgebombter Münchner seit sechs bis sieben Jahren darauf warten, wieder in ihre Heimat zurückkehren zu können?

(Allgemeiner Beifall.)

Soll es wieder so gehen wie 1920 bis 1923, daß von landfremden Elementen eine Verschwörung gegen die Demokratie in Bayern angezettelt und getragen wird? Nicht von Bayern aus hat Hitler Deutschland erobert. Diesem Irrtum muß einmal entgegengetreten werden.

(Sehr richtig!)

Der Nationalsozialismus in Bayern ist beim Hitlerputsch am 10. November 1923 blutig niedergeschlagen worden und trotz des Reichstagsbrandes haben die vereinigten Nationalsozialisten und Deutschnationalen am 5. März 1933 in Bayern keine Mehrheit gehabt.

(Dr. Hundhammer: Sehr richtig!)

Ich habe hier eine Karte, die ich auf den Tisch des hohen Hauses niederlege. Auf ihr sieht man, wo allein die Nationalsozialisten durch die Wahlen vom 5. März 1933 die Mehrheit bekommen haben: in Ostpreußen,

(Dr. Hoegner [SPD])

in Pommern, in Westpreußen, in Schlesien, in Schleswig-Holstein, in Oldenburg. Das sind die Staaten, in denen der Nationalsozialismus bei jenen Wahlen allein über 50 Prozent aller Stimmen bekommen hat.

(Zuruf links: Krautjunker!)

In Bayern, in Württemberg, in Baden, in der Pfalz und in Rheinland-Westfalen haben die Nationalsozialisten und Deutschnationalen keine Mehrheit bekommen. Bayern ist dann mit Gewalt überrannt worden. Das sind die geschichtlichen Tatsachen. —

Auf Grund der Verfehlungen der Rädelsführer der neuen braunen Bewegung steht fest, daß sie rechtswidrige Zwecke verfolgen und darauf ausgehen, die staatsbürgerlichen Freiheiten zu vernichten. Diese Bewegungen können deshalb nach Art. 114 Abs. 2 der Bayerischen Verfassung verboten werden. Warum ist das bis jetzt nicht geschehen?

(Sehr richtig! links.)

Will man wieder warten, bis dem demokratischen Staat das Wasser am Halse steht? Die Hitlerbewegung wurde in Bayern vor 1923 nicht rechtzeitig unterdrückt, weil damals ihre Helfer und Helfershelfer in der bayerischen Regierung saßen und die bayerische Justiz in einem außergewöhnlichen Maße versagt hat.

(Hört, hört! links und Zustimmung.)

Diese Voraussetzungen liegen in Bayern heute, Gott sei Dank, nicht vor.

(Zuruf aus der Mitte: Wollen wir's hoffen!)

— Wir haben keine Gegenbeweise dafür. Aber worauf wartet man also noch? Diese Frage müssen wir stellen.

Wir Sozialdemokraten verlangen ein bayerisches Gesetz gegen die Untergrabung der Volksherrschaft. Darin muß eine Bestimmung enthalten sein, durch die jede verbotswidrige Weiterführung antidemokratischer Bewegungen unter schwerste Strafe gestellt wird. Wir verlangen, daß die Staatsverwaltung wieder in die Lage versetzt wird, demokratiefeindliche Kräfte zu überwachen und bis in ihre letzten Schlupfwinkel zu verfolgen.

(Dr. Hundhammer: Sehr richtig! — Zuruf von der SPD: Auch die aus dem Osten!)

Die erforderlichen Mittel dafür bereitzustellen, halten wir für eine Staatsnotwendigkeit.

(Sehr richtig! bei der SPD und CSU. —

Dr. Hundhammer: Jawohl!)

Wir verlangen die schleunige Behandlung unseres Gesetzentwurfs über Bildung politischer Parteien, in dem Vorsorge getroffen ist, daß politische Parteien nur auf demokratischer Grundlage zugelassen und ihre Geldquellen offen dargelegt werden.

(Sehr gut! bei der CSU und SPD.)

Hier muß schnell gehandelt werden, wenn wir nicht Gefahr laufen wollen, daß sich in unser demokratisches Gebäude wieder braunes Ungeziefer einnistet, das dann nur sehr schwer wieder auszurotten ist.

(Sehr gut!)

Man komme uns nicht mit schönen demokratischen Theorien, die in keinem Lande der Welt den harten Tatsachen

standgehalten haben! Der beste Schutz für Demokratien ist die erforderliche Anzahl von Demokraten, die bereit sind, dieses Staatssystem zu verteidigen.

(Allgemeiner lebhafter Beifall.)

Auch ein Staat der Vereinigten Staaten von Amerika hatte vor einem Duzend von Jahren einen Gouverneur, Huey Long, der sich die Staatsmacht angemacht hatte und nur durch Tyrannenmord beseitigt werden konnte, den ein Jurist, und zwar ein Richter, ausführte. Wie wir unsere schlimmen Nazis zu behandeln haben, wissen wir am besten selbst; denn wir haben sie ja zur Genüge kennengelernt.

(Zurufe: Jawohl!)

Der neue bayerische und deutsche Staat ist durch Zusammenarbeit der bestehenden demokratischen Parteien entstanden. Er wurde durch kameradschaftliche Gespräche und Verhandlungen in den Konzentrationslagern des Dritten Reiches und in der Emigration vorbereitet. Leider hat die Kameradschaft aus jener Zeit der wiedererwachten Parteileidenschaft nicht standgehalten.

(Stoß: Sehr richtig!)

Während sich die demokratischen Parteien in Deutschland heute schon wieder bekämpfen und zerfleischen, blüht der Weizen aller Todfeinde der Demokratie.

(Zurufe von allen Seiten: Sehr richtig!)

In Wirklichkeit ist aber das Gemeinsame, das uns einigen sollte, viel größer und wichtiger als das, was uns trennt.

(Sehr richtig! rechts.)

Deshalb schlage ich vor, innerhalb der demokratischen Parteien wenigstens im Parlament einen Ausschuß zu bilden, dessen Aufgabe es wäre, persönliche Zwistigkeiten zu schlichten und Auswüchse der Parteikämpfe zu verhindern.

(Dr. Stang: Ausgezeichnet! — Zurufe bei der SPD und CSU: Sehr gut!)

Wenn wir wenigstens gegenüber dem gemeinsamen Feind einig bleiben, werden sich die Gegner der Demokratie an unserer Wand die Köpfe blutig schlagen; wenn wir aber fortfahren, uns gegenseitig das politische Leben sauer und unerträglich zu machen, schaffen wir die Voraussetzungen für unser aller Untergang.

(Sehr richtig! — Beifallsrufe rechts.)

Es handelt sich hier aber nicht nur um das Wohl und Wehe politischer Parteien, sondern auch um das Leben und Sterben unseres gemeinsamen Vaterlandes. Noch sind die Trümmer unserer zerstörten Städte nicht weggeräumt, noch starren die ausgebrannten Mauern unserer öffentlichen Gebäude gen Himmel, noch lehren Kriegsgefangene nach jahrelanger Sklavenarbeit, vielfach mit geschädigter Gesundheit, in ihre Behausungen zurück, noch ist der Schmerz der Witwen, der Waisen und der Bräute nicht verstummt in unserem Volk — und schon erheben die Verderber unseres Vaterlandes wieder ihr schamloses Haupt.

(Sehr gut! bei der CSU und SPD.)

Sie wollen es nicht gewesen sein! Sie wollen nichts mehr wissen von den Schandtaten in den Konzentrationslagern,

(sehr gut! links)

(Dr. Hoegner [SPD])

in den Vernichtungslagern und in den Gaskammern, von denen die Welt noch widerhallt und deren Spuren selbst in Klonen nicht untergehen werden.

Die Schwäizer haben nach ihrer ehrenvollen Niederlage bei Marignano im Jahre 1515 erkannt, daß die Kräfte ihres kleinen Landes nicht ausreichten, um es mit der Großmacht Frankreich aufzunehmen. Mit weisem Entschluß haben sie auf weitere kriegerische Vorbeeren verzichtet und sich seither mit großem Geschick in der Kunst des Sichbescheidens geübt. Weite Kreise des deutschen Volkes aber haben aus dem Verlust des ersten Weltkrieges nicht die Lehre gezogen, daß es über die Kräfte Deutschlands geht, den Kampf mit allen großen Weltmächten zugleich zu bestehen. Sie haben einen zweiten Weltkrieg entfesselt und ihn wieder verloren. Das deutsche Volk in seiner Mehrheit allerdings, in seiner übergroßen Mehrheit, hat von einem zweiten Weltkrieg nichts wissen wollen.

(Sehr gut! links und in der Mitte.)

Sollen uns jetzt die Unbelehrbaren in ihrer Verblendung noch mal in's Verderben hineinreißen? Hat da nicht jede demokratische Partei, hat da nicht jeder im öffentlichen Leben stehende Mann die Pflicht und Schuldigkeit, den frechen Buben entgegenzutreten?! Haben wir nicht die Pflicht, unser Volk vor neuem Unglück zu bewahren? Was sind da Wahlstimmen, was sind da kurzlebige parteipolitische Vorteile,

(sehr gut!)

wenn es um die Erhaltung des Ganzen, wenn es um die Rettung unseres Volkes geht! Hier sollte die deutsche Zwietracht aufhören, hier sollten wir einen ewigen Bund schließen, eine verschworene Eidgenossenschaft bilden und geloben, nie und nimmer die Wiederkehr der grauenvollen Jahre des „tausendjährigen“ Reichs zu dulden.

(Starker Beifall.)

Für meine Partei kann ich jedenfalls folgendes erklären: Einem etwaigen Versagen der Staatsgewalt wird diesmal die bayerische Arbeiterschaft nicht tatenlos zusehen.

(Sehr gut! und Beifall links.)

Denn diesmal hätte sie von den braunen Banditen noch weniger Gnade zu erwarten als 1933. Diesmal würden wir Sozialdemokraten von dem Recht Gebrauch machen, das dem freien Mann im äußersten Falle zusteht, dem Recht des Widerstandes bis zum äußersten, dem Recht der Notwehr, der Staatsnotwehr gegen gemeine Gewalt. Da würde in flammender Empörung nachgeholt, was nach diesem fürchterlichen zweiten Weltkrieg veräußert worden ist: die Luft unseres Vaterlandes endlich zu reinigen von den braunen Pestbazillen, von den Verderbern unserer Jugend, von den Mördern von Millionen deutscher Männer, die als Opfer nationalsozialistischen Größenwahns in der Erde Europas liegen, vom Kaukasus bis zum Nordkap und in den Wüsten Afrikas.

Der Fluch der künftigen Geschlechter würde uns treffen, sollten wir gegen das braune Banditentum ein zweites Mal versagen. Deshalb werden wir, die wir die Segnungen des Dritten Reiches am eigenen Leibe verspürt haben, nicht aufhören, die nationalsozialistische Seuche zu bekämpfen, solange wir im politischen Leben

stehen, solange wir unsere warnende Stimme erheben können. Noch ist das Vaterland nicht in Gefahr. Wir dürfen nicht mit Kanonen nach Spazien schießen. Wir wollen nicht Armbrüste auf die kleinen Mächtigen richten. Aber wir dürfen eines nicht vergessen: Auch die Nazi-Partei bestand einmal aus nur sieben Mann. Deshalb heißt es hier: Wehret den Anfängen! Denn Deutschland wird keine Ruhe und die Welt wird keinen Frieden haben, bis nicht die nationalsozialistischen und faschistischen Wahnideen mit Stumpf und Stiel ausgerottet sind.

(Allgemeiner lebhafter und anhaltender Beifall.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. von Prittwiß und Gaffron.

Dr. von Prittwiß und Gaffron (CSU): Meine Damen und Herren, Hohes Haus! Es ist sicherlich richtig, daß die Arbeit in diesem Hause nicht immer „munter“ fortschreitet, wenn sie von guten Reden begleitet wird. Aber ich glaube, daß es Gelegenheiten gibt, wo man jenseits unserer Aufgabe des Gesetzemachens sich unterhalten sollte über die Probleme des Tages, die uns angehen. Wenn heute der Herr Abgeordnete Dr. Hoegner sozusagen ein Exposé des Fragenkomplexes gegeben hat, der uns hier in dieser Stunde beschäftigt, so sollten wir alle, die wir in diesem Hause sitzen, Anteil nehmen an einer Betrachtung und Beleuchtung der Dinge, die uns berühren.

Es besteht kein Zweifel, daß im ganzen deutschen Volk ein ernster Wille und der Wunsch obwalten, einen Strich unter die Vergangenheit zu machen. Dieser Strich soll aber eine Zäsur bedeuten. Er soll nicht ein Strich auf einer Schiefertafel sein, den man mit einem Schwamm wieder wegwischen kann. Wir wollen mit einer schändlichen Vergangenheit nichts zu tun haben. Man hat uns darauf aufmerksam gemacht, daß die Zwischenfälle, die der Herr Abgeordnete Dr. Hoegner zum Teil geschildert hat, ein schlimmes Echo in Ausland gefunden haben. Ich unterschreibe es, wenn er sagt, daß manche Darstellungen unserer Presse geringfügige Dinge aufgebaut und dadurch großen Schaden angerichtet haben. Aber wir dürfen nicht übersehen, daß in allen Beschlüssen der Alliierten, die seit Kriegsende gefaßt worden sind, immer wieder betont wurde, daß die Rückkehr Deutschlands in die Gesellschaft der Nationen, daß die Gewährung eines Friedens für das deutsche Volk davon abhängen, daß es sich dezidiert von dieser Vergangenheit des Nazismus und Militarismus abkehrt. Das, meine Damen und Herren, ist jedoch nicht der für mich ausschlaggebende Grund unseres Abkehrwillens, sondern es ist unsere eigene Verantwortung. Wir selbst wollen uns von dieser Vergangenheit abkehren, weil uns das Gewissen schlägt und weil wir diese Erkenntnis in die Tat umsetzen wollen. Worte sind die Ankündigungen von Taten und nur, wenn ihnen Taten folgen, haben Worte einen Sinn. Wir müssen also die demokratische Lebensform, an die wir uns gewöhnen wollen und die wir uns ausgesucht haben, auch in einem wirklichen demokratischen Leben in Staat und Gesellschaft, in Politik und Wirtschaft durchführen.

Es ist heute manches Wort über die Vergangenheit gesprochen worden. Es ist aber auch seit Monaten und,

(Dr. von Prittwitz und Gaffron [CSU])

fast könnte man sagen, seit Jahren immer wieder davon gesprochen worden, die Menschen zu rehabilitieren, die vielleicht ohne ihr eigenes Zutun in das Räderwerk des Nationalsozialismus hineingeraten sind. Wir wollen diesen Leuten, soweit sie nicht an den Schandtaten des Nationalsozialismus beteiligt sind, die Rückkehr erleichtern. Wir sollten aber auch an die große Gemeinde der deutschen Männer und Frauen denken, die sich während des „tausendjährigen Reiches“ freigehalten haben von seinen Einflüssen, die ein Denkmal für das gesetzt haben, was Deutschland war und hoffentlich auch wieder werden wird. Ich bin nicht der Meinung, daß diejenigen Deutschen, die diese ehrbare Gesinnung an den Tag gelegt haben, heute etwa eine Bezahlung für diese Gesinnung verlangen sollen. Das sei ferne von uns. Was wir aber glauben, ist, daß die Menschen dieser Gemeinschaft heute eine Verpflichtung haben, die sie in die Tat umsetzen müssen, nämlich die Verpflichtung, die Demokratie besser zu untermauern, als das Dritte Reich sein System untermauert hat. (Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren! Man soll gewiß Kleinigkeiten nicht überschätzen; das ist richtig, und mancher Vorfall, mancher Hansl gehört in das Kasperltheater, nicht auf die politische Bühne. Aber ich glaube, wir müssen wachsam sein für die Zukunft, wachsam sein in diesem Hause — vielleicht durch eine gemeinsame Zusammenarbeit, wie sie der Herr Kollege Dr. Hoegner vorgeschlagen hat — und auch auf Seiten der Regierung. Die Bayerische Verfassung hat uns verschiedene Grundlagen für unsere Haltung gegeben. Ich denke an den Art. 15, der Wählergruppen antidemokratischen Charakters verbietet; ich denke an den Art. 111, der die Presse ausdrücklich daran erinnert, daß sie dem demokratischen Gedanken zu dienen hat, was sie sicher gerne tun will, aber nicht immer getan hat. Ich möchte erinnern an die Notwendigkeit, eine Form für die Anwendung des Art. 13 a des Entnazifizierungsgesetzes zu finden. Es muß unbedingt, z. B. in Form einer Spruchkammer für ganz Bayern, die aber mit Richtern zu besetzen wäre,

(Haas: Die dürfen aber nicht bei der Partei gewesen sein!)

— sehr richtig! — ein Organ geschaffen werden, das über diese Dinge urteilt, und es müssen vor allen Dingen auch der Exekutive Mittel und Wege an die Hand gegeben werden, um alle diese Erscheinungen im Keime zu ersticken, sobald sie auftauchen.

Eine solche Zwiesprache sollte Wiederholungen vermeiden; deswegen will ich manches nicht wiederholen, was ich vielleicht ebenso empfinde wie der Kollege Dr. Hoegner.

Alle diese Dinge werden uns aber nicht zum Ziele führen, wenn wir nicht eine Regeneration unseres geistigen Lebens in Deutschland erreichen und in die Politik hinübertragen.

(Sehr gut! — Donsberger: Das ist das Entscheidende!)

— Ganz richtig, das ist das Entscheidende! Das deutsche Volk hat das tragische Geschick, daß es in seiner ganzen

Geschichte zwar Ansätze zu einem freiheitlichen Aufbruch, aber niemals einen freiheitlichen Aufbruch selbst in der Form erlebt hat wie das französische Volk durch seine Revolution oder das englische Volk durch die langsame Erklämpfung seiner Freiheit. Deswegen müssen wir, die Generationen, die heute die Verantwortung tragen, diese Revolution der Freiheit im geistigen Sinne nachholen durch die Erziehung unserer Jugend in diesem Sinne, durch das Vorbild, das wir unserer Jugend geben. Ich glaube, der heutige Appell muß an uns alle gerichtet sein, die wir hier in diesem Landtag sitzen. Wir wollen Vorbilder sein. Wir wollen ganz bestimmt nicht unerbittlich sein in den Fällen, wo Milde angebracht ist; aber im Prinzip wollen wir niemals nachgeben.

Ich glaube, daß der Herr Abgeordnete Stod mit seinem Appell an die Gemeinsamkeit unserer Gefühle in diesen Fragen das Richtige getroffen hat. Wir müssen eine gemeinsame Front gegen das Böse und Schändliche aufrichten und müssen unsere eigenen kleineren Meinungsverschiedenheiten zurücktreten lassen. Nur dann werden wir die wirkliche Basis einer echten und lebensfähigen Demokratie in Bayern und Deutschland errichten können. Meine Fraktion und meine Partei wird jederzeit bereit sein, an diesem Gebäude mitzuarbeiten, es zu verteidigen und von Tag zu Tag besser auszugestalten.

(Bravorufe und allgemeiner Beifall.)

Präsident: Das Wort hat der Abgeordnete Otto Bezold.

Bezold Otto (FDP): Meine Damen und Herren, hohes Haus! Wer hätte, so frage ich, in den letzten Monaten des zweiten Weltkrieges, als die Wellen dieses Krieges mit ihrer ganzen Wucht über das deutsche und das bayerische Volk hinweggingen, daran gedacht, daß sich wenige Jahre nach diesem Kriege im Landtag eine Debatte entspinnen würde, wie sie sich nun entwickeln mußte, weil die Gefahr besteht, daß unsere Geschichte wieder die gleichen Wege gehen wird, die zum zweiten Weltkrieg geführt haben?

(Stod: Sehr richtig!)

War unser aller einzige Hoffnung nicht die, daß dieser zweite Weltkrieg endgültig einer kommenden Demokratie den Boden bereiten würde? War nicht die Hoffnung berechtigt, daß alle Kreise unseres Volkes einsehen würden, daß Kriegsführen für Sieger und Besiegte ein schlechtes Geschäft ist und daß am Ende dieser Rechnung immer der Schrecken, die Hoffnungslosigkeit und eine gigantische Aufräumarbeit stehen wird?

Und doch sind wir heute so weit, daß wir eine interpellationsähnliche Debatte führen müssen, eine Debatte, die von dem gleichen Manne mit der gleichen innerlichen Durchdrungenheit eingeleitet wurde wie seinerzeit, wenige Wochen oder Monate nach dem Urteil im Hitlerprozeß. Wir müssen uns schauernd fragen: Wie konnte es kommen, daß die Entwicklung eine Vorwärtsbewegung genommen hat, die die heutige Zeit fast als einen grauenhaften Abklatsch des damaligen Geschehens erscheinen läßt?

(Sehr gut!)

Jeder, der Gefühl für politische Dinge, für politische Stimmungen und Gefahren hat, erkennt mit Grauen, daß heute auf der politischen Bühne wieder das gleiche

(Bezold Otto [FDP])

Spiel beginnt, daß sich die gleichen finsternen Wolken zusammenballen und die gleichen Gefahren entstehen, wie sie damals entstanden sind.

Wie konnte das trotz dieser einmaligen und eindeutigen grausigen Lehre der Geschichte geschehen, wie konnte es geschehen, daß sich offensichtlich wieder Feinde der Demokratie zusammenzufinden, um ihr das Grab zu schaufeln? Einen Vergleichspunkt, meine Damen und Herren, haben wir mit der damaligen Zeit, ein Vergleichsmoment, das bereits unterstrichen und herausgehoben wurde! Es ist vielleicht nicht so sehr die Frage nach dem gewesenen Nationalsozialismus, nicht so sehr die Frage, ob Parteigenosse oder nicht — so wäre die Frage zu eng gestellt. —, es ist vielmehr die gleiche Frage, wie sie sich damals erhob, ob sich jemand zur Demokratie bekennt oder ob er der Meinung ist, daß ein totalitäres Regime den Ablauf unserer Geschichte in Zukunft bestimmen soll. Selbstverständlich sind es heute teilweise die gleichen Kreise wie damals, sind es die gleichen Enttäuschungen, die sich vielleicht aus den jeweiligen Berufen und den jeweiligen politischen Wichtigkeiten und Stellungen ergeben, aus denen heraus die Männer und Frauen zu diesem Kampf gegen die Demokratie angefaßt werden und die sie in diesem Kampf beflügeln. Aber wenn Sie Gelegenheit hatten, zum Beispiel eine Verhandlung gegen eine Betroffene wie die Frau Ludendorff zu verfolgen und nicht nur die absolute Unbelehrbarkeit der Betroffenen, sondern auch das merkwürdige Reagieren ihrer Kreise auf das einwandfrei geführte Verfahren und auf den ergangenen Spruch zu beobachten, dann müssen Sie mir recht geben, wenn ich behaupte: Es sind heute wie damals noch große Bestandteile unseres Volkes Feinde der Demokratie, Bestandteile, die um so gefährlicher sind, als sie von Intellektuellen geführt und beeinflusst werden.

Wir dürfen dabei, glaube ich, eines nicht vergessen: Es haben sich die Fronten weitgehend verschoben und wir dürfen bei all unseren Betrachtungen nicht übersehen, daß heute durch das frühere Deutschland ein Graben geht und daß jenseits dieses Grabens eine Macht steht, deren Regierungsform nach unserer Auffassung mit Demokratie nichts zu tun hat, die aber bei ihrem totalitären Kurs nur zu geneigt ist, alle diejenigen, die einem totalitären Regime zuneigen, zu überschatten, zu unterstützen, geistig und vielleicht auch materiell zu unterstützen.

So darf also, glaube ich, die Frage nicht so eng genommen werden, daß sie gestellt wird als Frage des Ausgangs der Entnazifizierung und als Frage, was wir noch an braunen Flecken, wenn ich so sagen darf, auf unserer politischen Karte zu verzeichnen haben. In der Entscheidung wird es sich vielmehr darum handeln: Wie Demokratie und wie totalitäre Staatsform!

(Sehr richtig! Sehr gut!)

Es mag sein, daß der eine und andere, der früher dem Nationalsozialismus angehangen hat, heute wirklich in der Front der Demokratie steht; andererseits aber müssen wir befürchten, daß der eine oder andere, der zwar ein fanatischer und bedingungsloser Gegner des Nationalsozialismus war, heute dennoch der Demokratie Feind-

schaft und Tod angesagt hat und sich im totalitären Lager heimisch fühlt.

(Sehr richtig!)

Ich glaube, die Pole des damaligen und heutigen Feindes der Demokratie sind gleich gefährlich und müssen bei unseren Betrachtungen und bei den Maßnahmen berücksichtigt werden, die endlich einmal — da stimme ich mit meinem Vorredner, Herrn Staatsrat Dr. Hoegner, überein — klar und deutlich getroffen werden müssen.

Wenn mein Vorredner erklärt hat, daß viele Dinge des politischen Lebens, die sich in dieser Richtung abzeichnen, Gegebenheiten sind, die etwas Marionettenhaftes, etwas Kasperltheaterähnliches an sich haben, so gebe ich zwar zu, daß die Gefahr vielleicht aus unserer Besorgnis heraus von uns zunächst größer gesehen wird, als sie vernünftig gesehen werden müßte; ich bitte aber dabei eines nicht zu vergessen: All die Tatsachen, über die heute diskutiert wurde, sind nur Einzelheiten,

(Stoß: Sehr richtig!)

sind nur ein ab und zu aus diesem Raum voll verpesteter politischer Luft herausscheinender Lichtstrahl, der uns aufmerksam macht und uns zeigt, daß Gefahrenherde vorhanden sind. Wir können heute bei weitem nicht absehen, wie weit sich die Feinde der Demokratie heute wie damals miteinander verstehen, wie weit sie gewillt sind, Führungsansprüche anzuerkennen oder nicht, und wie weit der einzelne sich als „Führer“ fühlt und gewillt ist mit dem „Führer“ irgendeiner anderen Gruppe zusammenzuarbeiten.

Aber, meine Damen und Herren, lassen Sie mich auf den Anfang zurückzukommen: Ist nicht allein die Tatsache, daß diese Diskussion heute im Landtag notwendig ist, ein schlagender Beweis dafür, daß diese Gefahr nicht übersehen und unterschätzt werden darf, ein Beweis dafür, daß sich endlich alle Menschen, die wirklich demokratisch fühlen, die das Recht der Freiheit des Staatsbürgers anerkennen, in der letzten großen Frage, in der Entscheidung nämlich, ob demokratischer oder totalitärer Staat, zusammenfinden und ihre ganze Kraft und ihren ganzen Willen zur Erreichung ihres politischen Zieles einsetzen müssen?

Es ist richtig: Die deutsche Entwicklung hat nicht zur geistigen Freiheit des Menschen geführt, nicht die geschichtliche und nicht die wirtschaftliche Entwicklung. Es erübrigt sich, hier auch nur den kürzesten Abriss der Geschichte in diesem Sinne aufzuzeichnen. Aber wenn es richtig ist, dann muß es auch richtig sein, daß dem Versuche, allmählich diese geistige Freiheit des deutschen Menschen zu gewinnen, jeder, auch der kleinste Widerstand gefährlich werden kann,

(Stoß: sehr gut!)

gefährlicher, als wenn wir eine andere Geschichte und eine andere Entwicklung zur Freiheit gehabt hätten. Diejenigen, die um die Entwicklung besorgt sind, müssen also mit allen Mitteln derartige Widerstände abwehren.

Ich kann namens meiner Fraktion erklären: Wir alle sind gerne bereit, bei derartigen Maßnahmen mitzuarbeiten. Ich glaube nicht, daß sie — man mag über sie zetern, soviel man will — einer wahren demokratischen Entwicklung schaden können.

(Sehr gut! links.)

(Bezold Otto [FDP])

Meine Damen und Herren! Wenn an solchen Maßnahmen Kritik geübt wird, dann wollen wir uns zunächst einmal ganz genau diejenigen ansehen, die diese Kritik üben.

(Sehr gut! Sehr richtig!)

Wir werden dann darauf kommen, daß es oft die gleichen Leute sind und daß oft der Schrei nach Mitleid und nach Gerechtigkeit

(Zuruf: — die sie uns verweigert haben!)

von den Leuten ausgeht, die 14 Jahre lang weder von dem Gefühl des Mitleids beherrscht waren

(sehr richtig!)

noch von irgendeiner Gerechtigkeit gegenüber Andersdenkenden etwas wissen wollten,

(sehr richtig!)

von Leuten, denen erst die Demokratie und ihre Freiheit zu Hilfe kommen mußte, damit sie derartige Gedankengänge überhaupt aussprechen konnten.

Meine Damen und Herren, wir verzichten auf solche Kritik

(Stoß: sehr gut!)

und wir verzichten zunächst einmal auf jede Kritik aus einem Munde, von dem es uns noch nicht klar ist, ob er berechtigt ist zu sprechen, und ob es für ihn nicht zumindest aus Gründen des Takts anständiger und billiger wäre zu schweigen.

(Sehr richtig!)

Wenn ich sage: hier Demokratie und Freiheit des Menschen und hier Sucht nach dem totalitären Staat und der Wille, den einzelnen Menschen wieder einer Staatsmaschine und einer Staatsvergottung zu unterwerfen — dann möchte ich nicht schließen, ohne einen Aufruf, möchte ich fast sagen, an ganz Europa zu richten, an jenes Europa, von dem die gleichen, die heute totalitär denken, immer wieder behaupten, es sei ja zu schwach, es sei zu „ausgepowert“, es sei zu elend und es sei wirtschaftlich nicht mehr imstande, die Stoßkraft jener anderen Mächte aufzuhalten, die es eines Tages doch überfluten und mit der europäischen Demokratie Schluß machen würden. Ich glaube, Europa sollte sich darauf besinnen, daß es dank seines Klimas, dank seiner soziologischen und geographischen Gliederung eine Quelle des Erkennens der Menschheit war, zumindest die Quelle der Schöpfung der menschlichen Zivilisation für die ganze Erde. Es sollte sich erinnern, daß unendliche, unzählbare und unmeßbare Schätze an Kraft und Einfluß von diesem vielgeschmähten Europa in die ganze Welt hinausgingen. Es sollte erkennen, daß es heute noch ebenso über diese Kräfte verfügt, wenn es nur endlich willens ist, sie gemeinsam zu einem Ziel einzusetzen, zu dem Ziel, frei zu bleiben, zu dem Ziel, den Satz wahrzumachen: Lieber tot als in der Knechtschaft schmachten!

(Lebhafter und allgemeiner Beifall.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Haußleiter.

Haußleiter (fraktionslos): Meine Damen und Herren! Mit tiefem Ernst haben Sie die Sorgen dargelegt, die sehr viele und gute Deutsche heute bei der

Betrachtung der Entwicklung unseres öffentlichen Lebens erfüllen. Ich glaube aber, zwei Punkte sollten hinzugefügt werden, wenn wir ganz objektiv die richtigen Maßnahmen treffen wollen, die heute zu treffen sind. Zuerst einmal eines: Neben Unbelehrbarem hat es auch Belehrbare gegeben. Es gibt einen Vorgang in Deutschland, den wir dabei im Auge behalten wollen: Die absolut einstimmige Ablehnung jeder Form von Remilitarisierung in den letzten Monaten beweist, daß der eine Punkt, der vom Entnazifizierungsgesetz auch für die Zukunft in Frage gestellt ist, das Wiedererwachen militärischer Tendenzen, heute nicht festgestellt werden kann. Es ist ein sehr merkwürdiger Vorgang gewesen. Es zeigt sich aber das, was zu behaupten ich mir hier schon einmal erlaubt habe, nämlich: Der ehemalige deutsche Soldat hat Konsequenzen aus seinen unmittelbaren Erlebnissen gezogen und er weiß etwas ganz Primitives: Ein neuer Krieg würde den Untergang dieses Landes und Volkes bedeuten. Er weiß, daß jeder Versuch einer Remilitarisierung in Deutschland zum unmittelbaren Selbstmord des deutschen Volkes führen würde. Daß sich gegenüber mancher möglichen Blindheit diese Erkenntnis durchgesetzt hat und der Wille klar geworden ist, jede Art der Bildung von Fremdenlegionsdivisionen auf deutschem Boden — und um etwas anderes könnte es sich unter den heutigen Verhältnissen nicht handeln — entschieden und gemeinsam abzulehnen, scheint mir doch eine positive Note in dieses dunkle Bild zu bringen, das Sie hier gezeichnet haben.

Ich möchte einen zweiten, ebenso positiven Zug hinzufügen: Die Schicht der Menschen in Deutschland, die glauben, daß man auf alte nationalstaatliche Begriffe in der europäischen Politik zurückgreifen könnte, ist aufs engste begrenzt. Die Schicht der Menschen, die glauben, noch einmal eine Art von deutscher Weltherrschaft auf der schmalen Basis der deutschen Substanz herstellen zu können, die die Katastrophe überdauert hat, ist außerordentlich klein.

(Zurufe links.)

Von hier aus ergibt sich etwas sehr Interessantes und ich bitte Sie, darauf zu achten: Es ist ein Element der Auseinandersetzung, in der wir stehen. Die deutsche Jugend hat in diesem Kriege die wirklichen Machtverhältnisse in Europa und in der Welt erlebt. Das ist ein positives Element. Hier liegen Erkenntnisse, die zur Grundlage einer echten inneren Wandlung gemacht werden können und gemacht werden müssen. Da scheint es mir doch ein wenig bedenklich, wenn Sie den Blick nur nach rückwärts richten und wenn Sie immer von neuem sagen, daß die nationalsozialistische Entwicklung auch heute noch weitergeht. Durch Abrechnung mit der Vergangenheit allein vermögen Sie die deutsche Wandlung nicht durchzusetzen, um die es hier geht.

Der Schritt weiter, der nun gegangen werden muß, ist folgender: Es wird immer einzelne Gruppen von Unbelehrbaren geben. Ich mache Sie auf eines aufmerksam, meine Damen und Herren, daß in ihrer Überschätzung die beste Propaganda für diese Gruppen liegt, die man machen kann. Wir wollen sie also nicht unterschätzen, aber auch nicht überschätzen.

(Haußleiter [fraktionslos])

Ich habe es erlebt, wie eine Studentengruppe zu mir gekommen ist und mich gefragt hat: Was sollen wir machen? und die gesagt hat: Die Art und Weise, wie man den Feitenhansl bekämpft, scheint doch ein Beweis dafür zu sein, daß etwas Wichtiges und Bedeutendes an ihm ist.

(Lachen links und in der Mitte.)

Mit dem Fall Meißner ist es ebenso.

(Lebhafte Zurufe links und von der CSU, unter anderem: Das haben wir alles schon mitgemacht!)

— Ich werde gleich noch ein Wort dazu sagen, und zwar sehr viel genauer. Wenn Sie sehen, wie aus der Gegenpropaganda heraus die Anziehungskraft dieser Gruppe wächst, dann, meine ich, sollten Sie wissen, daß ihre Überschätzung diesen Gruppen genau so zugute kommt, wie wenn Sie sie unterschätzen. Man muß also in der Beurteilung dieser Gruppen den richtigen Maßstab im Auge behalten und sehr objektiv und sehr sachlich vorgehen.

Ich will nun noch ein Wort zu der wirklichen Gefahr sagen, die darin liegt: Die einzelnen, die hier in diese alte Methode zurückfallen, haben dann keine Chance, wenn es gelingt, die Lage auf dem sozialen Schlachtfeld zu ordnen. Erlauben Sie mir, eines zu sagen! Hitler wäre wohl nach unser aller Überzeugung ohne die Arbeitslosenkrise der Jahre 1931/32 nicht an die Macht gekommen.

(Donsberger: Das allein war nicht das Entscheidende!)

— Das war nicht allein das Entscheidende, aber es war in einem sehr hohen Maße mitentscheidend. Die sozialen Spannungsfaktoren sind heute größer als damals. Sie werden eine zunehmende Radikalisierung des deutschen Volkes nicht und niemals vermeiden können, wenn nicht die Ordnung der sozialen Gerechtigkeit auf dem sozialen Schlachtfeld durchgesetzt werden kann. Sehen Sie sich die Gruppen an, um die es geht! Zunächst die Gruppe der Heimatvertriebenen. Ich könnte hier einiges erzählen. Ich habe Briefe bekommen — der Tatbestand wird untersucht werden —, wonach Großgrundbesitzer von sich aus für die heimervertriebenen Bauern Boden abgegeben haben und der Boden dann an Einheimische verpachtet worden ist! Ich kenne Fälle, in denen Erwerbslose versucht haben, sich selber zu helfen, und man ihre Selbsthilfe verbieten wollte. Zu diesen Gruppen im deutschen Volk füge ich hinzu die Heimkehrer und die Frauen, deren Männer gefallen oder vermißt beziehungsweise deren Männer verschollen oder noch in Gefangenschaft sind. Ich möchte sagen, daß alle diese Gruppen eine unendliche Geduld, ein unendliches Pflichtgefühl bewiesen haben,

(lebhaftes Zurufe)

daß sie nicht unerfüllbare Ansprüche stellen, daß sie aber wollen, daß man ihre konkrete soziale Position begreift und das Mögliche für die nothleidenden Menschen tut.

Und nun muß ich Ihnen noch folgendes sagen. Gut, Sie sprechen von den Massen und ihrer steigenden Radikalisierung. Ich halte einen Kommunisten, der Gewalt anwendet, für einen mindestens ebenso schlechten Demokraten wie einen Neofaschisten, der Gewalt anwendet.

(Zurufe.)

Sie sollten also Maßnahmen gegen die steigende Radikalisierung überlegen. Da komme ich nun auf eines: Die Einrichtung einer Spruchkammer allein wird den Strom des Anwachsens der pessimistischen Stimmung im Volk nicht abfangen, wenn gleichzeitig die Arbeitslosigkeit steigt. Die Entscheidung darüber, ob das deutsche Volk wieder radikalisiert wird oder nicht, fällt auf dem sozialen Schlachtfeld und nirgends sonst. Deshalb ist alles, was Sie hier diskutieren, vielleicht notwendig — ich könnte einiges dazu sagen —, aber sicher nicht ausreichend, um die kommenden Gefahren abzufangen. Erlauben Sie mir, nur eines zu betonen: Ich bin dafür, daß die Fragen, die Sie hier diskutieren, gesetzlich geregelt werden. Ich bin aber nicht der Überzeugung, daß Sie fortfahren sollten, das Entnazifizierungsgesetz anzuwenden. Das Entnazifizierungsgesetz hat nach Ihrer aller Ansicht erhebliche Mängel aufgewiesen. Die fortwährende Berufung auf das Entnazifizierungsgesetz scheint mir nicht glücklich, wenn Sie eine steigende Radikalisierung im deutschen Volk abfangen wollen. Es muß etwas anderes geschehen. Das Entnazifizierungsgesetz hat — das erlaube ich mir zu sagen — keine Einwandfreien Rechtsgrundlagen. Wenn Sie sich mit der Radikalisierung des deutschen Volkes auseinandersetzen wollen, müssen Sie auf einwandfreie Rechtsgrundlagen zurückgehen. Das kann nur durch ein neues und nur durch ein deutsches Gesetz geschehen; das kann nicht mit Hilfe des Entnazifizierungsgesetzes geschehen. Aus diesem Grund bin ich der Überzeugung, daß es richtig ist, wenn Sie Ausschreitungen vermeiden und dort eingreifen, wo Unbelehrbare unmittelbar den Staat angreifen. Ich glaube, daß Sie das nach allen Seiten hin tun müssen, da jeder Gewaltakt im öffentlichen Leben eine Gefahr ist, der man begegnen muß. Ich bin aber der Auffassung, daß bürgerkriegsähnliche Drohungen heute angesichts der Lage unseres Volkes nicht unmittelbar am Plage sind. Ich bin vielmehr der Überzeugung, daß wir etwas ganz anderes tun sollten. Wenn wir Demokraten sind, sollten wir die Gesetze so machen, daß Gewaltanwendungen nicht notwendig sind.

(Rübler: Er spricht für die Galerie droben! — Erregte Zurufe.)

Präsident: Herr Abgeordneter, einen Augenblick! Sie dürfen die Debatte über den Neofaschismus nicht zu einer Propagandarede benützen. Ich bitte, beim Thema zu bleiben, bei der Kritik jener Gruppen, deren geistige Haltung dazu geeignet ist, die demokratischen Grundlagen des jetzigen Staates zu untergraben;

(sehr richtig!)

das andere bitte ich wegzulassen.

(Haußleiter: Ich bin genau beim Thema geblieben!)

— Ich bitte, das meiner Beurteilung zu überlassen. Wenn ich das hohe Haus fragen würde, würde es wahrscheinlich dem Präsidenten darin zustimmen, daß Sie weit vom Thema abgewichen sind.

(Sehr gut! — Huth: Er möchte eine Propagandarede halten!)

Haußleiter (fraktionslos): Ich möchte folgendes sagen: Richtig ist eine gesetzliche Regelung der Tatbestände. Nicht richtig ist die Anwendung von Gewalt,

(Haußleiter [fraktionslos])

wer immer sie anwendet. Das scheint mir doch eine klare Auseinandersetzung mit dem Problem des Radikalismus, des Neofaschismus und des Kommunismus in Deutschland zu sein. Wenn Sie ein Gesetz schaffen, dann schaffen Sie ein Gesetz zur Sicherung der Freiheit der Meinungsäußerung — nicht zur Unterdrückung der Meinung — und zur Sicherung der Freiheit des Glaubens! Schaffen Sie nicht Sonderspruchskammern und Sondergerichte, sondern schaffen Sie eine klare gesetzliche Maßnahme, damit die spukhaften Gefahren, die Sie meiner Ansicht nach überschätzen, vom Gesetz und nicht von der Willkür aus gebändigt werden können!

(Bereinzelter Beifall.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Höllerer.

Höllerer (DPSK): Meine Damen und Herren! Ich möchte mich keinesfalls den Ausführungen des Kollegen Haußleiter anschließen. Wir sind nicht der Auffassung, daß die Entscheidung, von der er sprach, auf dem sozialen Schlachtfeld getroffen wird; denn die Debatte, die heute hier ausgetragen wird, bezieht sich ja nur auf ein paar, auf wenige Personen, die nicht aus irgendwelchen sozialen Gesichtspunkten die Rolle übernommen haben, die sie spielen und die wir kritisieren. Sie haben eine solche Rolle vielmehr aus politischem Ehrgeiz, im Hasardeurspiel übernommen,

(sehr richtig!)

aus irgend einem Geltungsbedürfnis, aus einer teilweisen Berrücktheit, und aus sonst gar nichts. Weder ein Meißner noch ein Feitenhanß noch ein Gögendorff noch ein Loriz haben auf dem sozialen Schlachtfeld irgendeine Bedeutung.

(Sehr richtig! — Zuruf: Herr Kollege Höllerer, das hat man bei Hitler seinerzeit auch gesagt, doch ist ihm das halbe Volk nachgelaufen!)

— Deshalb sind wir heute zu dieser Aussprache zusammengetreten. Ich überschätze die genannten Gruppen nicht; diese Gruppen sind an sich klein. Aber die Leute, die ihnen vorstehen, sind an und für sich eine Gefahr, und zwar auf Grund ihrer Dummheit und auf Grund der Dummheit der anderen, die ihnen nachlaufen.

Wenn der Bayerische Landtag aus der heutigen Debatte die Nutzenanwendung zieht, die durch Herrn Staatsrat Dr. Hoegner bereits angedeutet wurde, nämlich diesen Leuten, auf gut deutsch gesagt, das Handwerk zu legen, so hat die Debatte einen Sinn, einen Nutzen und einen Erfolg. Wir brauchen nicht Gesichtspunkte hereinzubringen, wie sie aus anderen Erwägungen hereingebracht wurden. Wir müssen nüchtern sehen, was geschieht. Nehmen Sie den Fall Meißner: Was hat er gemacht? Er hat nicht aus sozialer Notwendigkeit oder aus sozialen Bedenken heraus gehandelt. Er hat versucht, nach Italien zu fahren, um dort die Reste der SS und der Faschisten zu sammeln. Er ist an der Grenze verhaftet worden und hat zehn Tage in Salzburg gefessen. Das genügt uns doch — wir brauchen sonst gar nichts weiter —, um einen Meißner und dem Deutschen Block ein für allemal das Handwerk zu legen. Es ist ein Verbren-

nen, in Italien mit den Resten der faschistischen Horden paktieren zu wollen.

(Stoß: Das müßte die Regierung auch wissen!)

— Ich weiß nicht, warum es die Regierung nicht weiß. Fragen Sie sie bitte! Ich weiß es erst seit einiger Zeit, nachdem wir uns zur Aufgabe gemacht haben, uns für die heutige Debatte entsprechend vorzubereiten. Die Regierung kann jederzeit Auskunft haben. Wir werden sie ihr geben. Früher konnten wir sie nicht informieren, weil wir es erst seit diesem Zeitpunkt wissen. Aber es ist anzunehmen, das möchten wir ganz offen sagen, daß es doch irgendwie bekannt werden muß, wenn ein bayerischer Abgeordneter in Salzburg 10 Tage verhaftet ist.

(Zuruf: Man sollte das annehmen. — Stoß:

Sie haben mich falsch verstanden; ich habe gesagt: Das müßte die Regierung auch wissen!)

— Ich habe es richtig aufgefaßt. — Wenn wir aber solche Dinge sehen und wissen, dann haben wir die Verpflichtung, diese Leute aus dem politischen Leben auszuschalten, nicht unsertwegen, die wir hier sitzen, sondern um derentwillen, die solchen Gaunern und Lumpen nachlaufen

(Zuruf rechts: Auch nachgelaufen sind!)

— Einverstanden!

(Heiterkeit)

und die sich durch jene in ein Chaos hineintreiben lassen, das dann ihnen und uns einmal großen Nachteil bringt.

Meine Damen und Herren! Wir wissen genau so gut — und damit bleiben wir beim Problem —, daß Leute wie Meißner Verbindungen zu Straßer und zu Kerner aufgenommen haben. Ich möchte fast die Frage stellen, ob der Herr Kollege Haußleiter nicht ähnliche Verbindungen eingegangen ist.

(Hört, hört! — Widerspruch des Abgeordneten Haußleiter.)

— Eine Frage wird wohl erlaubt sein.

Und nun zu der zweiten Erscheinung unter den Leuten, die uns heute beschäftigten, zu Herrn Feitenhanß! Ich gehe mit Herrn Staatsrat Dr. Hoegner nicht einig, daß seine Hintermänner nicht bekannt sind. Sie sind bekannt.

(Hagen Georg: Wer sind sie?)

— Ich sage Ihnen folgendes, Herr Präsident Hagen: Ich würde aus rein logischen und taktischen Erwägungen bitten, diese Frage hier nicht in der Öffentlichkeit beantworten zu müssen,

(Hagen Georg: Einverstanden!)

sondern entweder im Präsidium des Landtags oder in einem anderen Gremium. Wir haben kein Interesse daran, für einen Feitenhanß hier unnötigerweise Propaganda zu machen. Es sind aber — das wissen wir und das haben wir auch geprüft — Leute der übelsten Sorte, und das scheint mir im Moment allein maßgebend.

Es ist in der heutigen Debatte, ob mit Absicht oder aus Bergeßlichkeit, ein Name nicht genügend genannt worden: Alfred Loriz. Er ist von all denen, die hier zur Debatte stehen, derjenige, der am ersten unter die Gruppe dieser Leute fällt. Es müßte auch hier im Hause doch schon bekannt sein, daß es Loriz war, der vor noch nicht langer Zeit erklärt hat, daß er — das wäre zunächst sein demokratisches Recht — die Macht in

(Höllerer [DPS])

Bayern anstrebe, daß er aber, wenn er diese Macht erreichen würde, nicht vielleicht nach dem System Hitler, sondern nur und ausschließlich nach dem System eines Simmler regieren würde.

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter, ich darf, um als Präsident keinen Vorwurf zu bekommen, folgendes konstatieren: Sie haben Ihre Ansicht zu äußern. Ich habe sie nicht zu beanstanden. Der Abgeordnete Loritz ist nicht anwesend. Es ist seine Aufgabe, selber anwesend zu sein, wenn er sich hier im Hause gegenüber Ausführungen, die gegen ihn gerichtet sind, zur Wehr setzen will. Das ist nicht meine Aufgabe. Ich möchte das betonen, damit es nicht wieder heißt, ich hätte ihn nicht in Schutz genommen. Ich habe nur dafür zu sorgen, daß er, wenn er im Hause ist, auch zu Worte kommt. Der Herr Abgeordnete Höllerer hat das Recht, seine Meinung zum Ausdruck zu bringen.

(Scheffel: Er soll kommen!)

Höllerer (DPS): — Ich bin mit den Worten des Herrn Präsidenten absolut einverstanden.

Zurück zum Thema: Wenn jemand offen erklärt: „Wenn ich“ — Loritz in diesem Fall — „einmal an die Macht kommen sollte, dann werde ich nach den Himmeler'schen Methoden vorgehen!“ und wenn er im Kreise von Zeugen wörtlich hinzugefügt:

(Piechl: Gott schütze uns vor einer solchen Macht!)

„Es werden dann“ — ich bitte den unparlamentarischen Ausdruck zu verzeihen; ich wiederhole ihn aus der Sprache Loritz — „Schweine wie Herr Staatsrat Hoegner“ — der Ausdruck ist heute auch schon gefallen — „und wie Ochsenjepp — Dr. Müller — und andere sofort über die Klinge springen“ — —

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter, ich bitte, diese schmückenden Beiworte nicht zu oft zu erwähnen!

(Beifall.)

Höllerer (DPS): — Herr Präsident, ich habe mich vorher entschuldigt und ausdrücklich gesagt, ich referiere nur die Worte eines anderen. Ich habe mir sie nicht zu eigen gemacht.

Meine Damen und Herren! Damit bin ich am Ende meiner namens meiner Fraktion gemachten Ausführungen. Es geht darum, auf Grund gesetzlicher Mittel die wenigen Leute auszuschalten, die nicht aus irgendeiner sozialen Überlegung heraus und teilweise nicht einmal im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus, auch nicht mit dem Befreiungsgesetz, sondern aus Wahnsinn oder Ehrgeiz handeln

(Dr. Rief: In Verbindung mit ausländischen Mächten!)

— oder die in Verbindung mit ausländischen Mächten stehen und uns heute das Leben sauer machen wollen. Und es geht darum, stark zu bleiben in dieser Ausschaltung. Ich glaube, wenn wir das erreichen und so verfahren, dann tun wir nur einem ganz engen Personenkreis, vielleicht nicht einmal einem halben Duzend von Leuten, weh und helfen uns und allen anderen. Wenn wir das erreicht haben und das Ziel immer im Auge behalten, dann kann uns, glaube ich, niemand

einen Vorwurf machen und auch wir haben niemand einen Vorwurf zu machen. Wir werden aber dann sehr bald diese mißlichen Umstände ein für allemal ausgeschaltet haben.

(Beifall bei der DPS.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Staatsminister Dr. Anfermüller.

Staatsminister Dr. Anfermüller: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Die Frage, ob in Bayern neofaschistische Bestrebungen bestehen und wie ihnen entgegenzutreten ist, ist von ganz außerordentlicher politischer Bedeutung. Sie interessiert in hohem Maße auch das Ausland, vor allem die Besatzungsmächte. Die Staatsregierung hat diesem Problem seit langem ihre besondere Aufmerksamkeit zugewendet und alle Möglichkeiten eines vorbeugenden Einschreitens geprüft. Insbesondere hat sie unverzüglich nach der Aussprache in der 136. Vollsitzung des Bayerischen Landtags über die Fälle Meißner — Deutscher Block — und Feitenhanß — Vaterländische Union — die Vorgänge eingehend untersucht.

Nach dem Ergebnis der jetzt vorliegenden polizeilichen Erhebungen hat am 8. Dezember 1949 in Memmingen eine öffentliche Versammlung des Deutschen Blocks stattgefunden. Die Versammlung war durch Plakatanschlag angekündigt worden. Die Zahl der Versammlungsteilnehmer belief sich auf etwa 250 bis 300 Personen; unter diesen sollen sich zahlreiche ehemalige Nationalsozialisten, unter anderem fünf Träger des goldenen Parteiabzeichens und auch ehemalige SS-Führer befunden haben. Auffallend groß soll die Zahl der anwesenden Frauen gewesen sein. Die Beteiligung der Flüchtlinge an der Versammlung wird auf etwa 35 Prozent geschätzt. Die Versammlung selbst verlief ruhig. Als Versammlungsredner traten auf der Kreisvorsitzende des Deutschen Blocks in Memmingen Herr Abel, Herr Fischer aus München und der fraktionslose Abgeordnete des Bayerischen Landtags Herr Meißner.

Der Versammlungsredner Fischer aus München äußerte unter anderem folgendes: „Die deutsche Wirtschaft wird von einer durch eine zufällige Mehrheit aus Ruher gekommenen Regierung an das Ausland verkauft. Die nicht abzustreitenden Erfolge des Nationalsozialismus auf wirtschaftlichem Gebiet sind eine Folge einer klugen Finanzpolitik.“

(Wimmer: Das ist der größte Teppich, der überhaupt auf der Welt herumläuft; der hat noch nicht begriffen, was sich abgespielt hat! — Zurufe von der SPD: Hört, hört!)

„Es war nicht alles falsch“ — so fuhr er fort —, „was in der Vergangenheit geschah; manches sollte man auch heute noch nutzbringend anwenden. Nach dem vielen Unrecht muß uns das Ausland weiter entgegenkommen; wir haben keine Veranlassung, uns anzubiedern.“ Er schloß etwa mit der Bemerkung: „Solange die Bonner Fahne weht, das Unrecht immer weiter geht.“ Soweit die Ausführungen des Redners Fischer in Memmingen.

Der Abgeordnete Meißner hat mehr oder weniger wörtlich folgende Äußerungen gebraucht: „Ein großer Teil der Worte der neuen Demokratie besteht aus Lügen. Hinter dem Begriff der Freiheit, der uns seit 1945 von den Alliierten gepredigt wird, stehen die

(Staatsminister Dr. Anfermüller)

Morgenthau, Baruch, Frankfurter und Lippman. Wie kein anderes Volk hat das deutsche den Bolschewismus kennengelernt; freilich konnte den Vormarsch und den Rückzug des deutschen Heeres nur ein deutscher Soldat mitmachen, kein KZler. Ich sage Ihnen“ — so fuhr Weißner fort —: „Der dritte Weltkrieg ist schon ausgebrochen. Er wird auf wirtschaftlichem, politischem und militärischem Gebiet bereits geführt. Dr. Adenauer will das deutsche Volk in so einen Einsatz hineinziehen und will in Außenpolitik machen. Deutschland ist außenpolitisch wieder im Kommen; deshalb ist es nicht notwendig, daß wir uns an das Ausland anbiedern. Der saubere Herr, der berühmte Dr. Rogon, mußte mit seiner Erklärung, daß eine deutsche Wehrmacht aufgebaut würde, den Franzosen an die Hand gehen und so die Verhandlungen wegen des Ruhrabkommens weitertreiben. Man wäre in jedem anderen Kulturvolk nicht angestanden, ihn als das zu behandeln, was er ist, als einen Verräter. Aus dem eisernen Kanzler Bismarck ist ein Gummikanzler Adenauer geworden. Der Deutsche Block ist grundfänglich für eine deutsche Wehrmacht aus Erziehungsgründen. Die Jugend muß wieder Disziplin und Ordnung lernen. Wer sich außerhalb der jahrhundertalten Tradition des deutschen Volkes stellt, ist ein Lump. Die Ideen des Kommunismus, Marxismus und Liberalismus gehen ihrem Ende entgegen; etwas vollkommen Neues muß geschaffen werden, etwas noch nicht Dagewesenes. Eine Besserung kann aber nur durch die Zertrümmerung des heutigen Systems erzielt werden. Die Demokratie von heute hat keine Daseinsberechtigung mehr;“

(Zurufe: Hört, hört!)

„denn sie hat versagt. Der Parlamentarismus hat sich ausgelebt. Statt dessen brauchen wir einen staatspolitischen Aufbau mit straffer Führung und Ordnung. Wir verlangen Abschaffung aller Parteistimmenwahlen sowie aller Wahlen über den Rahmen der Gemeinde hinaus. Vorschlagsberechtigt ist jeder deutsche Bürger.“ Dies waren etwa die Äußerungen des Abgeordneten Weißner.

Die Äußerungen der Redner wurden bei dieser Versammlung in Memmingen mit Beifall aufgenommen. Zwischenrufe wurden nicht gemacht. Am Schlusse der Versammlung sollen Verse des Deutschlandliedes gesungen worden sein.

Bezüglich der in der „Abendzeitung“ als „Geheimversammlung der SS bei Feitenhansl“ bezeichneten Versammlung der Vaterländischen Union hat das Polizeipräsidium München berichtet, daß diese Versammlung am 15. Dezember 1949 abends 8 Uhr im Nebenzimmer der Gaststätte „Zirngibl“ am Reichenbachplatz abgehalten wurde. Zu der Versammlung hatten nur Personen Zutritt, die sich mit einem Einladungsschreiben der Vaterländischen Union ausweisen konnten, darunter auch ein Reporter des Landkommissars Bayern, Stadt- und Landkreis München. Die meisten der etwa 70 Versammlungsteilnehmer waren ehemalige Angehörige der NSDAP oder ihrer Gliederungen. Auch einige ehemalige Gestapo-Beamte befanden sich unter den Teilnehmern, ferner der frühere Generalleutnant Hafelmeier, Geschäftsführer des wehrpolitischen Amtes der NSDAP in München und SA-Obergruppenführer.

(Zurufe: Hört, hört!)

Übereinstimmend wurde von den anwesenden Versammlungsteilnehmern angegeben, daß die Pressemeldungen nicht in allen Punkten der Wahrheit entsprachen. Über das von dem Redner Feitenhansl gehaltene Referat will sich kein Versammlungsteilnehmer Notizen gemacht haben; sie wollen sich auch nicht mehr daran erinnern können, was Feitenhansl im einzelnen gesprochen hat.

(Zurufe: Hört, hört! — Bezold Otto: Kunststück!)

Bei den Einvernahmen der Versammlungsteilnehmer wurde mit Entschiedenheit immer wieder darauf hingewiesen, daß der in der Versammlung als Diskussionsredner aufgetretene Herr Schäfer von dem Niederschlagen eines französischen Besatzungssoldaten, der ihn mit der Pistole bedroht habe, nicht aber von einem Totschlagen oder Erschießen gesprochen habe, wie Pressemeldungen berichteten.

(Zietsch: Also daran können sie sich erinnern!)

Die Ausführungen des Herrn Schäfer — so wird von den vernommenen Versammlungsteilnehmern weiter behauptet — haben sich auf die Besatzungszeit nach 1918 und nicht auf die jetzige bezogen, wie Pressemeldungen haben verlauten lassen.

Nach stichwortartigen Aufzeichnungen eines Berichterstatters des Bayerischen Rundfunks, der an der Versammlung teilnahm, führte Feitenhansl aus, die Vaterländische Union werde den Marxismus bis zum letzten bekämpfen. Er bezeichnete Pieck und andere Ostpolitiker als Spedemigranten, was aber auch auf die Westpolitiker passe. Die SPD stehe der KPD nicht viel nach; von Knoeringen sei ein Spion im Dienste der Engländer gewesen; Franz Marx sei ein SED-Mann und Dr. Hoegner ein verräterischer Emigrant.

(Wimmer: War Feitenhansl 1918 überhaupt schon auf der Welt? — Heiterkeit.)

Wörtlich soll Feitenhansl erklärt haben, „daß es bei uns noch Leute gebe, die verlangen, Schacht zu hängen. Dazu sei nur der Deutsche fähig. Diesem fehle es nämlich an Würde. In Japan habe beispielsweise das Parlament anfänglich der Verurteilung ihrer Politiker eine Minute Schweigepause eingelegt. Durch die Entnazifizierung, die nur eine Postenjägeri war, seien alle Betroffenen Todfeinde der Demokratie geworden. Bis heute gebe es noch keine nationale Rechtspartei. Eine solche müsse erst geschaffen werden. Ein völkischer Staat würde durch eine völkische Bewegung erstehen. Alle Parteien bis auf einige kleine Rechtsparteien, die er im einzelnen nicht nannte, lehne er, Feitenhansl, ab.“

Während der Rede des Feitenhansl erfolgte aus den Reihen der Versammlungsteilnehmer ein Zwischenruf, auf den wohl der Herr Abgeordnete Dr. Hoegner heute schon hinielte und der etwa lautete: „Der Abgeordnete Hoegner hat sich schon 1945 in Nürnberg den Galgen angesehen, an den er einst auch einmal gehängt wird“. Dieser Zwischenruf löste Beifall aus. Soweit, hohes Haus, der Inhalt der polizeilichen Erhebungen.

Die Ermittlungen haben übrigens auch ergeben, daß sich derartige Aktionen nicht auf Bayern beschränken, sondern in anderen deutschen Ländern in gleicher Weise bemerkbar machen.

(Zietsch: Hört, hört!)

Mit Recht hat der Herr Abgeordnete Dr. Hoegner heute auch darauf hingewiesen, daß die NSDAP 1933 ihre Mehrheit in Deutschland nicht über Bayern, sondern

(Staatsminister Dr. Untermüller)

über andere deutsche Länder erreicht hat. Von Interesse sind aber in diesem Zusammenhang noch folgende tatsächlichen Feststellungen: Der Deutsche Block ist erstmals am 5. Februar 1948 durch die Militärregierung lizenziert worden. In der Zwischenzeit ist die Lizenzierung für etwa 40 Kreise erfolgt, dagegen noch nicht auf Landesbasis.

(Hört, hört! links. — Zuruf: So stützt man die Feinde der Demokratie!)

Die Vaterländische Union ist im Stadt- und Landkreis München durch die Militärregierung am 11. April 1949 lizenziert worden.

(Hört, hört!)

Inzwischen hat sich diese Vaterländische Union sogar erheblich über die Grenzen Bayerns hinaus ausgedehnt. Aus der Durchsicht des vom Kassationshof vorläufig beschlagnahmten Aktenmaterials ergibt sich, daß die Vaterländische Union in ganz Bayern, aber auch in Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Hessen Kreisverbände hat. Laut Mitgliederverzeichnis weist diese Vaterländische Union im ganzen Gebiet der Bundesrepublik allerdings nur einen Stand von 243 eingeschriebenen Mitgliedern auf. Darüber hinaus sind noch 104 Personen als sympathisierende Anhänger aufgeführt. Die Abrechnung am 17. November 1949 wies ein erhebliches Defizit auf.

Was ist nun seither in dieser Sache seitens der Staatsregierung geschehen? Die Polizeiberichte über die beiden Versammlungen wurden dem Justizministerium beziehungsweise den zuständigen Staatsanwaltschaften zur Prüfung der strafrechtlichen Seite der Angelegenheit zugeleitet. Ein abschließendes Ergebnis liegt noch nicht vor. Gegen den Vorsitzenden der Vaterländischen Union, Karl Feitenhansl, hat der Generalkläger beim Kassationshof ein Verfahren nach Art. 13 a des Befreiungsgesetzes eingeleitet. Die Hauptkammer München hat ihm mit einstweiliger Verfügung vom 9. Januar 1950 gemäß Art. 40 des Befreiungsgesetzes bis zum Abschluß dieses Verfahrens jede politische Betätigung, insbesondere auch das Auftreten als Redner oder Versammlungsleiter, untersagt.

Nach einer Notiz im „Münchner Merkur“ Nr. 13 vom 13. Januar dieses Jahres wird im Amt des Landeskommisars von Bayern die Frage geprüft — ich zitiere wörtlich aus dem Zeitungsbericht — „ob das Redeverbot für Feitenhansl nicht die demokratischen Spielregeln verletzt“.

(Lachen.)

Ich darf hierzu auch auf den Artikel „Unenteilbare Redefreiheit“ im „Münchner Merkur“ Nr. 14/15 vom 14. und 15. Januar verweisen.

Damit komme ich zum Grundsätzlichen. Das Bundesgrundgesetz und die Bayerische Verfassung gewährleisten das Grundrecht der freien Meinungsäußerung, der Versammlungsfreiheit und der Vereinigungsfreiheit, und zwar in einem bisher nie gekannten Ausmaß. Darüber hinaus enthält das Bundesgrundgesetz noch besondere Schutzbestimmungen für politische Parteien. Nach dem Willen des Verfassungsgebeters geht die Wahrung dieser Grundrechte der Einzelperson allen anderen Interessen vor. Artikel

98 der Bayerischen Verfassung bestimmt ausdrücklich — ich zitiere wörtlich —: „Die durch die Verfassung gewährleisteten Grundrechte dürfen grundsätzlich nicht eingeschränkt werden. Einschränkungen durch Gesetz sind nur zulässig, wenn die öffentliche Sicherheit, Sittlichkeit, Gesundheit und Wohlfahrt es zwingend erfordern. Sonstige Einschränkungen sind nur unter den Voraussetzungen des Art. 48 zulässig.“ Nach diesem Artikel 48 kann die Staatsregierung nur bei drohender Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung das Recht der öffentlichen freien Meinungsäußerung und die Pressefreiheit vorübergehend einschränken oder aufheben. Was im Artikel 98 der Verfassung für die Einschränkungen der Grundrechte durch Gesetz vorgeschrieben ist, gilt natürlich erst recht für die Maßnahmen der Exekutive. Danach sind auch verwaltungsmäßige oder polizeiliche Eingriffe in die fraglichen Grundrechte nur zulässig, wenn die öffentliche Sicherheit sie zwingend erfordert. Es ist nicht zu verkennen, daß durch diese Freiheitlichen Bestimmungen einem polizeilichen Eingreifen weitgehende Schranken gesetzt sind; aber diese Bindung der Exekutive kann und darf keinen Freibrief dafür darstellen, daß die verfassungsmäßig gewährleisteten Grundrechte zum Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht und von den Gegnern der Demokratie zu deren Sturz ausgenützt werden. Vielmehr muß die verfassungsmäßige Ordnung unter allen Umständen und mit allen Mitteln gesichert werden.

Der Gedanke „Demokratie als Selbstmord“ — die Redner haben heute schon darauf hingewiesen —, der sich in der Weimarer Republik so unheilvoll auswirkte, ist mit Entschiedenheit abzulehnen. Wir von der Staatsregierung kennen auch den Artikel 114 Absatz 2 der Bayerischen Verfassung; aber um den Tatbestand dieses Artikels festzustellen, sind Mittel und Wege nötig, wie sie der Herr Abgeordnete Dr. Hoegner in seiner Formulierung aufzeigte.

Im übrigen muß ich darauf hinweisen, daß dieser Artikel 114 überlagert ist von dem Artikel 18 der Bundesverfassung, worauf die Regierung, insbesondere die Exekutive, in diesem Zusammenhang wohl besonders aufmerksam machen darf.

In erster Linie, hohes Haus, müssen nun also der Staatsgewalt — wie alle Redner, insbesondere die Herren Abgeordneten Dr. Hoegner und Dr. von Brittwik, ausführten und forderten — die erforderlichen gesetzlichen Grundlagen für ein wirksames Eingreifen an die Hand gegeben werden. Nach Artikel 18 des Grundgesetzes verwirkt die Grundrechte, wer sie zum Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden aber durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen. Nach Artikel 21 Absatz 2 des Grundgesetzes sind Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, verfassungswidrig. Über die Frage der Verfassungswidrigkeit entscheidet aber das Bundesverfassungsgericht. Das Nähere regeln nach Artikel 21 Absatz 3 der Bundesverfassung wiederum Bundesgesetze. Nach Artikel 94 Absatz 2 des Grundgesetzes regelt ein Bundesgesetz die Verfassung und das Verfahren des Bundesverfassungs-

(Staatsminister Dr. Anfermüller)

gerichts. In erster Linie wird daher der Bundesgesetzgeber dieses Gesetz über das Bundesverfassungsgericht zu erlassen haben; dann aber auch ein Parteiengesetz. Auch dies ist nach der ausdrücklichen Bestimmung in Artikel 21 Absatz 3 des Grundgesetzes Sache des Bundes. Entsprechende Entwürfe befinden sich bereits in Ausarbeitung. Von Bayern aus wird alles geschehen, um diese Gesetzgebungsarbeiten des Bundes zu beschleunigen.

Bei dem sogenannten Verfassungsschutz kann es sich nur um eine Einrichtung zur Sammlung von Nachrichten und Unterlagen handeln, wie eine solche in Artikel 73 Ziffer 10 und Artikel 87 Absatz 1 Satz 2 des Grundgesetzes auch auf der Bundesebene vorgesehen ist. Die etwa zur Auswertung der gesammelten Nachrichten erforderlichen Exekutivhandlungen liegen ausschließlich bei den zuständigen Staatsanwaltschaften und den örtlich zuständigen Polizeidienststellen als den Hilfsorganen der Staatsanwaltschaft. Die Vorarbeiten in dieser Richtung sind beim Bunde bereits im Gange, wie Sie wohl selbst inzwischen aus der Presse ersehen haben werden. Wir in Bayern stehen in dieser Beziehung mit dem Bund in Bonn in Verbindung. Das Bundesinnenministerium wird uns rechtzeitig in Kenntnis setzen, wenn die Vorarbeiten disussionsreif sind.

Aber unabhängig von diesen gesetzgeberischen Maßnahmen wird die bayerische Staatsregierung das Treiben aller Gegner der freiheitlichen demokratischen Grundordnung sorgfältig im Auge behalten und mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln energisch durchgreifen, wo dies notwendig erscheint. Das hohe Haus und das bayerische Volk kann sich darauf verlassen, daß die bayerische Staatsregierung das Notwendige erkannt hat und auf dem Posten ist. Die Welt mag zur Kenntnis nehmen, daß Bayern Anschläge gegen die Demokratie nicht dulden wird. Die Gegner der Demokratie aber seien gewarnt!

(Allgemeiner lebhafter Beifall. — Bravorufe.)

Präsident: Das Wort nimmt der Herr Ministerpräsident Dr. Chard.

Ministerpräsident Dr. Chard: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Fürchten Sie nicht, daß ich große Ausführungen zu machen beabsichtige; aber ich halte es doch für angezeigt, am Ende einer solchen Debatte einige grundsätzliche oder — wenn Sie wollen — einmal ein paar besinnliche Worte zu sprechen. Wir leben in einer Zeit der Gegensätze, in einer Zeit gegensätzlicher Anschauungen. Die Nazidiktatur hat uns allzu stark die übertriebene Art einer solchen Gewaltherrschaft mit all ihren Auswüchsen gezeigt. Der Zusammenbruch hat uns ja ihre Folgen deutlich genug vor Augen geführt. Und nun kam nach dem Zusammenbruch die Demokratie. Vielleicht ist sie etwas zu sehr gefühlsmäßig gekommen — „Seid umschlungen, Millionen!“ — und ist sie zu wenig praktisch in die Erscheinung getreten.

Und dann kamen die deutschen Grundsätze — die Grundsätze, wie sie Ihnen ja eben auch nach der Bayerischen Verfassung und nach dem Grundgesetz dargelegt worden sind. Eine beinahe übergroße Fülle von Freiheiten: Parteien können sich, aus welchen Leuten sie

auch immer zusammengesetzt sein mögen, frei bilden; Versammlungen können frei stattfinden. Es herrscht Vereinsfreiheit, es herrscht Redefreiheit, es herrscht Pressfreiheit, und zwar in einem Ausmaß, wie es sonst auch bei Demokratien mit jahrhundertalter Tradition kaum der Fall ist. Man hat oft den Eindruck, daß die Deutschen ausgezeichnete Grundsätze aufzustellen vermögen, daß aber die große Gefahr besteht, daß sie diese Grundsätze zu Tode reiten. Nun sind wir ja auch wieder soweit.

Nicht nur die politischen Parteien, sondern auch die Regierung verfolgen mit großer Besorgnis die Ansätze, die sich da oder dort sehr sichtbar geltend machen. Meine Damen und Herren! Ich darf übrigens, wenn es auch schon wiederholt gesagt wurde, nochmals betonen: Es ist nicht etwa in Bayern besonders schlimm, sondern es ist vielleicht in Bayern nicht einmal so schlimm wie gelegentlich anderwärts. Das soll uns aber nicht hindern, diese Erscheinungen sehr sorgfältig zu beobachten. Man kann also mit diesen Freiheiten noch nicht so recht umgehen. Nun müssen sie in irgend einer Form eingeschränkt werden — sagen wir es doch mit ganz dünnen Worten! Was kann geschehen?

Mit polizeilichen Maßnahmen können Sie auf Grund der jetzigen Gesetze kaum etwas machen, weil sonst sofort und vielleicht sogar mit einem gewissen Recht der Vorwurf erhoben wird: Das ist mehr oder weniger Willkür oder, um es nicht mit diesem harten Wort zu sagen: Das ist ein zu starkes polizeiliches Ermessen. Man muß also Einschränkungen durch Gesetze vorsehen. Diese Gesetze fehlen uns im Augenblick. Wir werden versuchen müssen, sie zu schaffen, sowohl für die Parteien als auch für die Versammlungen, soweit sich Auswüchse irgendwelcher Art gegen die Demokratie zeigen. Ich hoffe, daß diese Gesetze auch so zustande kommen, daß sie eine wirksame Handhabe bieten, daß nicht nur wieder Grundsätze aufgestellt werden und man es irgendeiner Stelle überläßt, dann letzten Endes die Verantwortung zu übernehmen.

Es ist weiter davon gesprochen worden, daß man unter Umständen den Fall der Staatsnotwehr annehmen und zum Schutz der Demokratie aufrufen würde. Ich habe diese Worte mit einem leisen Schrecken gehört.

(Sehr richtig!)

Man könnte dabei beruhigt sein, daß man sich sagt: Ausgezeichnet, es sind so viele Demokraten da, die sich für den Schutz der Demokratie restlos einsetzen wollen! Aber bei den wirtschaftlichen und sozialen Spannungen unserer heutigen Zeit — wissen Sie denn da, meine Damen und Herren, wer das Heft im geeigneten Augenblick in die Hand nimmt und wem die Massen folgen? Das wissen Sie nicht! Das haben wir ja bei den verschiedenen historischen Ereignissen früherer Jahrhunderte und auch in einer nicht soweit zurückliegenden Zeit schon erlebt, daß sich plötzlich aus irgendwelchen Gründen, die man nicht von vornherein berechnen kann, die wirtschaftlichen und sozialen Spannungen unter Umständen ganz anders entladen und eine ganz andere Richtung einschlagen. Das, was notwendig ist, hat, glaube ich, Herr Abgeordneter Dr. Hoegner mit Recht ausgesprochen, indem er sagte: Die Demokratie bedarf der Demokraten, die bereit sind, die Demokratie zu verteidigen. Man muß sich aber dabei darüber klar sein, was Demokratie eigentlich ist.

(Ministerpräsident Dr. Ehard)

Wenn man die Demokratie nur als eine formale Organisation, als ein Institut betrachtet, um formale Spielregeln anzuwenden, dann wird man die Demokratie niemals retten, aufbauen und fortführen können. Denn jede formale Spielregel kann ich gebrauchen, aber auch mißbrauchen, es fragt sich bloß, ob die Leute geschickt genug sind, sie in ihrem Sinne, zu ihren Zwecken und in ihrer Richtung auszunützen. Diese Erkenntnis müßte einmal stark herausgestellt werden. Mein Freund Dr. von Brittwik hat mit Recht gesagt: Die Demokratie ist eine Geisteshaltung. Wenn man nicht dahin kommt, die Menschen davon zu überzeugen, daß die Demokratie eine Geisteshaltung ist und daß sie für die Geisteshaltung eines Jahrhunderts kämpfen oder sie aufgeben müssen, dann kommen wir niemals dazu, den geistigen Kampf, um den es sich handelt, für den Kontinente angetreten sind, auch wirklich durchzufechten. Machen wir uns doch nichts vor! Auf der einen Seite kämpft eine geistige Haltung für die Demokratie, auf der anderen Seite aber kämpft eine sehr starke Macht, nicht bloß eine brutale brachiale Gewalt, sondern auch eine geistige Macht für die Diktatur, für den totalitären Staat. Unterschätzen Sie diese geistigen Kräfte nicht, die dahinter stehen! Wenn wir es nicht fertig bringen, die geistigen Kräfte des Abendlandes für die Demokratie zu aktivieren, können Sie Polizeitruppen aufrufen, soviel sie wollen, können Sie Gesetze machen, soviel Sie wollen und können Sie dann auch mit Gewalt drohen und die Staatsnotmehr androhen —: es fragt sich immer nur, gegen wen sich die Gewalt richten wird. Denn die Gewalt geht dann von den Massen aus, die — von einer geistigen Richtung entweder so oder anders geschoben — marschieren. Man müßte sich dessen bewußt sein. Es müssen daraus auch die Konsequenzen gezogen werden.

Herr Staatsrat Dr. Hoegner hat einen — verzeihen Sie, wenn ich es sage, ich weiß im Augenblick auch nichts Besseres — sehr bescheidenen Ansatz zu einem solchen Tun angedeutet. Wenn wir nur einmal so weit kämen, zu versuchen, die Dinge, die gemeinsam zu regeln sind, auch gemeinsam zu regeln und uns zusammenzufinden, um eine gemeinsame Arbeit, die wir ja als Ziel vor Augen sehen, auch gemeinsam anzupacken und vor allen Dingen zu vermeiden, bei dieser Arbeit trotz aller sachlichen Gegenätze dadurch ein schlechtes Beispiel zu geben, daß sich verschiedene politische Richtungen nur deshalb persönlich gehässig bekämpfen, weil sie glauben, sie könnten auf diese Weise vielleicht ein paar tausend Stimmen mehr bekommen!

(Sehr gut!)

Ich meine, zu der Erkenntnis müßte man kommen, daß man sich zwar sachlich bekämpfen darf — es gibt verschiedene Wege, die zu einem Ziel führen können, oder, besser gesagt, die Vorstellung, wie man zum Ziel kommt, ist manchmal verschieden —, aber daß man dem anderen, der auch Demokrat ist, nicht deshalb gehässig entgegentreten und den ganzen Kampf auf eine persönliche Gehässigkeit abstellen darf, weil er ein Gegner ist. Man soll sich mit ihm sachlich auseinandersetzen. Wenn man das nicht kann, wenn man nichts weiter weiß, als gehässig zu sein, dann ist das meistens ein schlechtes Zeichen für die sachlichen Argumente, für die

Kraft der Überzeugung und für die geistige Einstellung zur Demokratie.

(Hagen Lorenz: Ehrliche Toleranz!)

— Sehr richtig. Ich bin sogar der keizerischen Überzeugung, daß in der Politik die Ehrlichkeit immer noch besser ist als der entgegengesetzte Grundsatz: Die Sprache ist da, um die Gedanken zu verbergen.

(Sehr wahr! Sehr richtig! links.)

Schaffen Sie, meine Damen und Herren, doch, bitte, hier in diesem Parlament einmal irgendeinen derartigen Ausschuß, der nur den Zweck hat, zu versuchen — und zwar nicht parteimäßig, sondern in Zusammenfassung aller —, diese Dinge auszuschalten! Damit werden sie für den Geist der Demokratie mehr tun, als wenn Sie die Polizei rufen. Die Leute, und namentlich die jungen Leute, werden davon überzeugt, daß hier eine geistige Kraft ist, die man der anderen entgegensetzen kann, die sich durchsetzen muß und die sich durchsetzen wird, wenn man auf diesem Wege zu gehen und zusammenzugehen bereit ist.

(Bravorufe und allgemeiner Beifall.)

Präsident: Damit ist die Aussprache zu Punkt 1 der Tagesordnung geschlossen.

Ich möchte meinerseits an die Aussprache einige Bemerkungen anschließen, die den Abgeordneten Meißner betreffen. Ich habe heute dem Abgeordneten Meißner vom „Deutschen Block“ mitteilen lassen, daß ich nachmittags ab ½3 Uhr in meinem Geschäftszimmer hier im Hause sein werde. Ich bin allerdings erst kurz nach ¾3 Uhr gekommen. Er hat aber dann nicht mich, sondern Herrn Vizepräsidenten Hagen aufgesucht und sich erkundigt, ob das Präsidium bereit sei, dafür zu sorgen, daß er im Hause seine Tätigkeit ausüben kann. Herr Vizepräsident Hagen hat ihm erklärt, daß das ohne weiteres vom Präsidium zugesichert wird. Das ist ganz selbstverständlich.

Ich führe das deswegen aus, weil ich es außerordentlich bedauere, daß der Abgeordnete Meißner hier nicht erschienen ist. Er hätte volle Redefreiheit gehabt und — wie der Abgeordnete Hausleiter — außerhalb der Reihe der Redner der Fraktionen sprechen können. Dann hätte man nicht mehr an den Worten deuten und rütteln können.

(Sehr gut!)

Er hätte zu den Angriffen Stellung nehmen müssen, und das amtliche Stenographische Protokoll des Bayerischen Landtags hätte jedem Abgeordneten Auskunft gegeben.

(Richtig!)

Dann hätte die Möglichkeit bestanden, eine solche Frage hier im Hause selbst zur Klärung zu bringen. Wenn ich schon einer politischen Bewegung angehöre und Abgeordneter dieser Bewegung bin, dann habe ich auch die Aufgabe, für die Ideen und Ansichten, die ich draußen vertritt, hier Rede und Antwort zu stehen. Das ist meine Meinung.

Das wollte ich hier erklären, damit keine Mißverständnisse auftauchen. Draußen geht das Reden über das Parlament weiter und die Gelegenheit, hier im Parlament selbst das Wort zu nehmen, wird nicht ergriffen!

Zu einer persönlichen Erklärung hat sich noch der Herr Abgeordnete Höllerer gemeldet; ich erteile ihm das Wort.

Höllerer (DPS): Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, folgende kurze Erklärung abgeben zu dürfen:

Es ist den meisten Mitgliedern des hohen Hauses bekannt, daß Herr Staatsrat Dr. Hoegner namens der Sozialdemokratischen Partei im Geschäftsordnungsausschuß des Landtags den Antrag eingebracht hat, die Mindeststärke der Fraktionen, die bis jetzt laut Geschäftsordnung 5 Mitglieder betrug, auf 10 Mitglieder zu erhöhen. Meine Ausführungen sind deshalb notwendig, weil ich nun erklären muß, was wir daraufhin getan haben; ich muß das dem Präsidium und dem Hause zur Kenntnis bringen. Die Erklärung wird in Form eines Briefes abgegeben, den verschiedene Landtagsabgeordnete dem Herrn Präsidenten des Bayerischen Landtags übergeben werden und der folgenden Wortlaut hat:

In Abwehr der wiederholten Versuche, Minderheitsgruppen des Landtags durch Änderung der seit 1947 bestehenden Geschäftsordnung in der Ausübung ihrer parlamentarischen Rechte und Pflichten zu behindern, haben sich die Fraktion der Deutschen Partei für Recht und Freiheit und die Gruppe der Freien Parlamentarischen Vereinigung entschlossen, sich zu einer Fraktion „Freie Fraktionsgemeinschaft“ (FFG) zusammenzuschließen.

Die Vereinigung erfolgt unter Wahrung der vollen parteipolitischen Freiheit jedes einzelnen Mitglieds.

Der Freien Fraktionsgemeinschaft gehören an die Abgeordneten Max Allwein, Dr. Josef Baumgartner, Julius Höllerer, Hans Keeß, Josef Klefsinger, Richard Leupoldt, Friedrich Lugmair, Peter Niehling, Dr. Max Rief, Josef Scharf, Gottlieb Schmidt und Alfred Moske.

— Insgesamt 12 Mann. —

Es wurden gewählt: zum 1. Vorsitzenden Dr. Max Rief, zum 2. Vorsitzenden Josef Scharf, zum Sprecher der Fraktion Julius Höllerer.

Ich bitte die Kollegen des Hauses, von dieser Änderung Kenntnis zu nehmen, und bitte das Präsidium, eine entsprechende Verteilung der Ausschüsse zu veranlassen.

Präsident: Herr Abgeordneter Höllerer, ich habe Sie nicht unterbrochen. Wenn ich aber gewußt hätte, daß Sie eine derartige Erklärung abgeben, die keine persönliche Erklärung ist, hätte ich sie nicht zugelassen. Sie hätten natürlich, wenn Sie mich verständigt hätten, diese Erklärung jederzeit bringen können.

(Dr. Hoegner: Hat es denn so geäußert? — Höllerer: Es hat uns nicht so geäußert wie Ihnen, Herr Dr. Hoegner!)

Ich habe die Erklärung ausnahmsweise durchgehen lassen, weil wir sowieso am Ende unserer heutigen Sitzung sind.

(Höllerer: Ich habe mich nur zur Abgabe einer Erklärung gemeldet.)

— Es sind hier zwei Bestimmungen der Geschäftsordnung einschlägig, wir wollen aber darüber nicht streiten, die Sache ist nun einmal geschehen und nachträglich zulässig, wenn wir beschließen, die Sitzung für heute zu beenden, was ich dem hohen Hause vorschlagen möchte, nicht weil eine Zäsur notwendig wäre, bevor wir zu den übrigen Beratungsgegenständen übergehen, sondern weil die Rundfunkapparatur wieder beseitigt werden muß und ohnedies die Zeit ziemlich weit vorgeschritten ist.

Ich schlage also vor, die Sitzung für heute zu beenden und morgen mit der Tagesordnung fortzufahren, und zwar mit den vorgängigen Punkten: den Interpellationen und der Fragestunde. — Das Haus ist damit einverstanden. Wir beginnen morgen pünktlich um 9 Uhr.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 17 Uhr 32 Minuten.)